

*Klimawandel und  
Gerechtigkeit*

*Klimaschutz in Hamm*

*TEDi-Ökonomie pur*

*FairReisen*



Forum für Umwelt  
und gerechte  
Entwicklung e.V.

1/2008



# Editorial

*KLIMAWANDEL – leider bisher kein Thema für Hamm! Und das, obwohl Hamm in den 90er Jahren „Ökologische Stadt der Zukunft“ war – eine von drei Modellstädten in NRW – und darum zu Recht 1998/99 auch als Bundeshauptstadt für Natur- und Umweltschutz ausgezeichnet wurde. In den 90ern initiierte die Stadt Hamm den Prozess der lokalen Agenda 21, um ihn in der Folge leider total versanden zu lassen. Auch heute bewegt weder der Neubau des Mega-Kohlekraftwerks in Hamm-Uentrop noch der „Masterplan Verkehr“ – ohne konkrete Aussage zum Klimawandel – oder gar der neue Flächennutzungsplan für die Gesamtstadt die Gemüter in Hamm. Parteien, Medien und selbst die interessierte Öffentlichkeit lässt diese den Klimawandel im Kern betreffenden Maßnahmenziele kommentarlos passieren. Immerhin gibt es seit Ende letzten Jahres mittlerweile Anträge der drei im Rat vertretenen Fraktionen zum Klimaschutz und die Stadt hat versprochen, bis zur Sommerpause ein Gesamtkonzept vorzulegen. Wir sind sehr gespannt!*

*FUGe rückt mit seinen Ausstellungen, seinen Vorträgen und dieser neuen Ausgabe der FUGe-news das Thema Klimawandel und unsere Verantwortung auch in Hamm stärker in den Vordergrund. Drei grundlegenden Beiträgen von Prof. Messner (Universität Essen/Duisburg),*

*Michael Müller (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium) zur „(un-)aufhaltsamen Klima-Katastrophe“ und Prof. Gege (B.A.U.M) zur „Eigenverantwortung der Wirtschaft für den Umweltschutz“ stehen eher kommunal orientierte Aufsätze von Siegbert Künzel (Fraktionsmitarbeiter der Grünen in Hamm), Martina Schaub (SÜDWIND) und Ulrich Schölermann (NABU-Vorsitzender in Hamm) zur T€Di-Logistik und Umweltpolitik in Hamm gegenüber. Sie geben uns Hinweise auf die Bedeutung dieses Themas für uns, die Einwohner in Hamm, in Bezug auf unsere globale Verantwortung und darauf, dass sich insbesondere die Verantwortungsträger unserer Kommune dem Thema Klimawandel jetzt stellen müssen, um weiteren Schaden von uns, von der Natur und den nächsten Generationen abzuwenden.*

*Seit zehn Jahren mischt FUGe in Hamm nun schon mit. Unseren 10. Jahrestag wollen wir entsprechend feiern – und dabei möglichst viele Menschen in unserer Stadt mitnehmen, sich der lokalen Verantwortung für den Klimaschutz persönlich, gesellschaftlich und politisch zu stellen.*

*Dr. Karl A. Faulenbach  
(1. Vorsitzender)*

## Inhalt

„Der Klima-Gau – eine (un-)aufhaltsame Katastrophe?“ – Michael Müller	4
„Klimawandel – Bedrohung für globale Entwicklung und Frieden“ – Steffen Bauer und Dirk Messner	5
„Zwei Welten, ein Klima – Zum Podiumsgespräch mit Michael Müller in Hamm“ – Lars Büthe	6
„Aus alt mach neu! – Zum Streitgespräch zw. Bärbel Höhn und Marc Herter über den Kraftwerksneubau“ – Lars Büthe	8
„Klimaschutz sollte auch in Hamm praktiziert werden“ – Ulrich Schölermann	10
„Wie reagieren Schulen und Verbände auf die Herausforderung eines Klimawandels?“ – Renate Brackelmann	12
„Die Eigenverantwortung der Wirtschaft für den Umweltschutz“ – Prof. Dr. Maximilian Gege	13
„FairReisen und Reisen in Zeiten des Klimawandels“ – Marc Stefaniak und Marcos A. da Costa Melo	14
„Stadt Hamm für LIFE-Projekt ausgezeichnet – Ulrich Schölermann	14
„Fast nackt in die Ferne ziehen mit dem CO <sub>2</sub> -Kompass“ – Renate Brackelmann	15
„Neue entwicklungspolitische Leitlinien – braucht das Land!“ – Karl A. Faulenbach	16
„Ein Blick unter den Wühltisch – Discounter und globale soziale Rechenschaftspflicht“ – Martina Schaub	17
„T€Di – Ökonomie pur“ – Siegbert Künzel	18
„Faire Kleidung ist anziehend“ – Nico, FUGe-Weltladenteam	20
FUGe-Veranstaltungstermine	21
Hammer Profil – ein Porträt von Johannes Auge	21
Eine-Welt-Veranstaltungen in der Hellwegregion	22

## IMPRESSUM

FUGe-news · Eine-Welt- und Umweltmagazin für Hamm, 8. Jahrgang, Heft 1/2008

Herausgeber: FUGe e. V., Widumstraße 14, 59065 Hamm

Redaktion: Karl A. Faulenbach, Marcos Antonio da Costa Melo, Matthias Eichel, Renate Brackelmann

Redaktionsanschrift: Widumstraße 14, 59065 Hamm, Telefon (0 23 81) 4 15 11, Telefax 43 11 52, E-Mail: fuge@fuge-hamm.de, www.fuge-hamm.de

Layout: Cornelia Müller, Marcos Antonio da Costa Melo, Matthias Eichel, Ulrich Schölermann

Titelbild: Friedrich Hartmann, www.werbungundtext.de (Pinguine/Jan. Will – Fotolia)

Druck: Ulrich Schölermann Werbung und Druck, Caldenhofer Weg 66, 59063 Hamm

Druckauflage: 3000 Exemplare

Anzeigenleitung: Michael Walterscheid, Telefon (0 23 81) 37 88 77, Telefax 37 88 87

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder oder sonstige Unterlagen übernehmen wir keinerlei Gewähr. Unterlagen werden grundsätzlich nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich Kürzungen und journalistische Überarbeitungen aller Beiträge vor. Mit Verfasseramen gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Herausgeber wiedergeben.

Mit freundlicher Unterstützung von:





# Der Klima-GAU – eine (un-)aufhaltsame Katastrophe?

Michael Müller (parlam. Staatssekretär)



Angesichts des großen Faktenwissens, das wir heute über den Klimawandel gesammelt haben, konzentriert sich die ethische Verantwortung auf eine einzige Frage: Handeln wir wirksam, bevor der absehbare Klima-Gau eingetreten ist?

Zurückzuführen auf den Klimawandel

- sind laut Schätzung der WHO v. a. Malaria, Dengue-Fieber und schwere Durchfallerkrankungen;
- die in Afrika angesiedelten Krankheiten wie Malaria, das Riftal-Fieber und Cholera werden sich zunehmend ausbreiten;
- das Einzugsgebiet für Meningitis (Hirnhautentzündung) hat sich bereits von ursprünglich West- und Zentralafrika auf östliche Regionen des Kontinents ausgedehnt.

Der Weltklimarat, der größte Wissenschaftskonvent der Welt, hat uns auf der Basis klimageschichtlicher Erkenntnisse eine düstere Zukunft aufgezeigt, wenn wir heute nicht gegensteuern. Tatsächlich führt die Menschheit einen Atmosphärenkrieg. Einen alltäglichen Krieg gegen die Natur, die Dritte Welt und die Zukunft.

Die globale Erwärmung kommt nicht mit einer absoluten Sicherheit, wohl aber mit einer immer höher werdenden Wahrscheinlichkeit. Sie kommt sogar schneller, härter und einschneidender als noch vor wenigen Jahren erwartet wurde.

Nie zuvor waren wir so gefordert,

Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, dass wir auf einer endlichen und ungleichen Welt leben. Freiheit und Verantwortung heißt, darauf Rücksicht zu nehmen und zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen.

Deshalb schlägt der WBGU neun Initiativen vor, dazu gehören u. a.: die Weiterentwicklung der internationalen Klimapolitik mit der 2-Grad-Leitplanke; die Umsetzung einer Vorreiterrolle der EU-Staaten in der Energiepolitik und die partnerschaftliche Entwicklung von Vermeidungsstrategien, insb. durch Technologiepartnerschaften mit den Entwicklungsländern.

Der Kernpunkt heißt: Die intelligente Nutzung von Energie und Ressourcen wird zur Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Wer dann beim Aufbau einer ökologischen Infrastruktur führend ist, wird den nächsten Wirtschaftszyklus entscheidend prägen. Er wird Innovationskraft gewinnen und auf den Weltmärkten große Stärke erzielen.

Das ist allerdings nicht mit wenigen Teilkorrekturen zu erreichen. Vielmehr geht es um vier große Reformbereiche, die für eine friedliche und gute Zukunft entscheidend sein werden:

Erstens: die Neudefinition des technischen Fortschritts, die Innovationen auf die Naturverträglichkeit und die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen legt.

Zweitens: eine Wirtschafts- und Unternehmensverfassung, die eine sozialökologische Marktwirtschaft zulässt und nicht länger von der totalen Dominanz der Ökonomie ausgeht.

Drittens: eine gerechte Verteilung der Lasten und Kosten des ökologischen Umbaus – innerhalb der Gesellschaft, international und zwischen den Generationen.

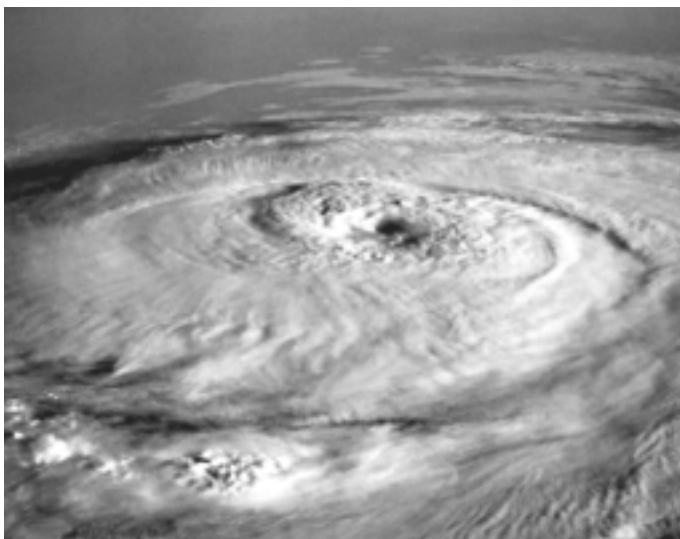
Und viertens ein kulturelles Verständnis von Freiheit und Verantwortungen, das den Begrenzungen der Erde und der Endlichkeit des Naturkapitals gerecht wird. Kurz: Die Politik ist gefordert, ein neues Denken und Handeln zu verwirklichen.

*Michael Müller (\*1948) MdB, ist seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Stark gekürzte Fassung eines Beitrags aus: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 9/2007, S. 27-31.*

(redaktionell gekürzt)

## Klimaflüchtlinge

In diesem Zusammenhang sind Menschen gemeint, deren Lebensqualität auf Grund von Umweltfaktoren wie Dürren, Bodenerosion und extremen Wetterereignissen stark beeinträchtigt oder deren Existenz gefährdet ist und die dadurch gezwungen sind, ihr Heimatdorf oder ihr Land verlassen zu müssen.



Ein Hurrican entsteht – ist sein vermehrtes Auftreten eine Folge des Klimawandels?



Die Nutzung erneuerbarer Energien – hier eine Photovoltaikanlage – ist eine wirksame Maßnahme für den Klimaschutz.

# Klimawandel – Bedrohung für globale Entwicklung und Frieden

Steffen Bauer und Dirk Messner (DIE)

## Radikale Veränderungen im Erdsystem

Der jüngste Bericht des Weltklimarats (IPCC) lässt keinen Zweifel mehr daran, dass die vor allem auf die Verbrennung fossiler Rohstoffe zurückgehende durchschnittliche globale Erwärmung schon heute fast 1° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau beträgt. Eine Erwärmung auf 1,5–2° C ist wegen der Trägheit des Klimasystems in den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten praktisch nicht mehr aufzuhalten. Regionale Naturräume und das globale Ökosystem könnten sich radikal umstrukturieren, die Bedingungen für menschliche Entwicklung weltweit drastisch verändern und die Anpassungsfähigkeiten von Gesellschaften und des internationalen Systems überfordern.

Ein solcher „Kippunkt“ wäre z. B. erreicht, wenn ein anhaltender Klimawandel zum Austrocknen des Amazonasregenswaldes führt. Dies hätte nicht nur unabsehbare Auswirkungen auf den gesamten lateinamerikanischen Naturraum, die gesellschaftliche Dynamik und die landwirtschaftlichen Potenziale in der Region, sondern würde auch erhebliche Mengen von Kohlendioxid freisetzen und so den Klimawandel noch verstärken.

## Klimawandel unterminiert Entwicklungschancen

Auch ohne das Eintreten radikaler systemischer Brüche gefährden die bei einer durchschnittlichen globalen Erwärmung von 1,5–3° C absehbaren Umweltveränderungen die Entwicklungsperspektiven von bald über sieben Milliarden Menschen. Die Folgen des Klimawandels werden dabei regional sehr unterschiedlich ausfallen. Die Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Südamerikas, die in der Regel über geringere Anpassungskapazitäten verfügen als die Industrieländer, werden besonders stark betroffen sein.

**Afrika** gilt auf Grund seiner besonderen Anfälligkeit für klimatische Variabilität, kombiniert mit sozioökonomischen und politischen Stressfaktoren und geringen Anpassungskapazitäten, als besonders gefährdet. So erwartet der IPCC hier bis 2020 eine Zunahme der unter klimainduzierter Wasserknappheit



leidenden Menschen in einer Größenordnung von 75–250 Millionen und in einzelnen Ländern einen Einbruch der landwirtschaftlichen Erträge aus dem Regenfeldaufbau um bis zu 50%. In Kombination mit der in vielen Ländern der Region vorherrschenden Schwäche staatlicher Institutionen sowie komplexen Gewaltkonflikten und großen Flüchtlingsströmen erscheint zudem das Risiko einer fortschreitenden regionalen Destabilisierung hoch. Die gegenwärtigen Anstrengungen bei der Armutsbekämpfung und der regionalen Stabilisierung würden zurückgeworfen.

**In Asien** stellt die Gletscherschmelze im Himalaya ein zentrales Problem dar. Neben Überflutungen und Erdbeben



bedeutet dies v. a. eine Verknappung der Süßwasserressourcen, von der nach Einschätzung des IPCC 2050 mehr als eine Milliarde Menschen betroffen sein könnten. Indien, Pakistan und Bangladesch werden den absehbaren Klimafolgen besonders stark ausgesetzt sein. Die bereits heute verheerenden Stürme und Überflutungen werden häufiger auftreten und wegen des steigenden Meeresspiegels eine noch größere Zerstörungskraft entfalten.

Die Versalzung der Böden und veränderte Monsunverläufe werden zudem die regionale Nahrungsmittelproduktion beeinträchtigen, deren Erträge zur Jahrhundertmitte um bis zu 30 % sinken könnten.

**In Südamerika** wird das beschleunigte Abschmelzen der Gletscher in der Andenregion zusammen mit veränderten



Niederschlagsmustern die verfügbaren Süßwasserressourcen wahrscheinlich verknappen. In weiteren südamerikanischen Trockengebieten werden sich Versalzung und Desertifikation intensivieren und die regionale Nahrungsmittelproduktion beeinträchtigen. Zudem werden im östlichen Amazonas steigende Temperaturen und rückläufige Bodenfeuchtigkeit wahrscheinlich dazu führen, dass bis zur Jahrhundertmitte Regenwald graduell durch Savanne ersetzt wird.

Es wird deutlich, dass der Klimawandel existierende Entwicklungsprobleme in vielen Ländern und Regionen verschärft und zusätzlich neue Entwicklungshemmnisse hervorbringt. Zukunftsorientierte Entwicklungsstrategien müssen daher klimainduzierte Veränderungen von Natur- und Lebensräumen sowie erforderliche Anpassungen mitdenken, zumal der Klimawandel schon heute die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele gefährdet.

## Klimabedingte Konfliktkonstellationen

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU) hat in diesem Kontext vier Konfliktkonstellationen identifiziert, die unmittelbar oder mittelbar von den lokalen und regionalen Auswirkungen der globalen Erwärmung beeinflusst werden.

Erstens kann eine klimabedingt rückläufige Nahrungsmittelproduktion zu regionalen Ernährungskrisen führen und so die Bewältigungskapazitäten in den betroffenen Entwicklungsregionen weiter unterminieren. Gesellschaftliche Destabilisierung und gewalttätige Konflikte werden dadurch begünstigt.

Zweitens kann eine klimabedingt verschärfte Süßwasserknappheit dort zu Destabilisierung und Gewalt führen, wo angepasste Wassernutzungskonzepte, geeignete Infrastrukturen und die institutionellen Voraussetzungen zur Vermeidung entsprechender Verteilungskonflikte fehlen.

Drittens wird der Klimawandel häufiger zu Sturm- und Flutkatastrophen führen, die bereits in der Vergangenheit punktuell zur Eskalation innenpolitischer Spannungen geführt haben (so z. B. 1988 in Bangladesch, 1998 in Nicaragua und Honduras, 2000 in Westbengalen).

Viertens kann Migration zu Destabilisierung und Gewalt führen, wo Menschen wegen existenzieller Umweltveränderungen ihre Heimat verlassen müssen.

Eine ungebremste globale Erwärmung generiert weltweit Sicherheitsrisiken. Dabei wird eine Stufenleiter der Gefährdung erkennbar, wonach fortschreitender Klimawandel sukzessive

- die menschliche Sicherheit in vielen Ländern und Weltregionen gefährdet;
- subnationale, nationale oder auch regionale Destabilisierungs- und Zerfallsprozesse begünstigt;
- Klimakrisenregionen entstehen lässt, in denen eine besondere Anfälligkeit ge-

genüber dem Klimawandel und den skizzierten Konfliktkonstellationen zusammenfallen (s. Karte), da Umweltstress nicht an territorialen Grenzen halt macht.

Mit den gegenwärtigen multilateralen Institutionen würde die internationale Staatengemeinschaft die durch das Klima bedingten Gefährdungen (Nahrungsmittelversorgung, Süßwasserknappheit, Flüchtlingsströmung, Sturm- und Flutkatastrophen) rasch an ihre Grenzen stoßen. Sie wird erst recht überfordert sein wenn sich, was wahrscheinlich ist, die genannten Risiken kumulieren und wechselseitig verstärken sollten.

## Herausforderungen für Deutschland und die EU

Der Klimawandel könnte die Staatengemeinschaft zusammenführen, wenn sie ihn als Menschheitsbedrohung versteht und in einem wirksamen Post-Kyoto-Regime die Weichen für die Vermeidung einer gefährlichen, nicht mehr beherrschbaren globalen Erwärmung stellt. Scheitert die Klimawende, wird sich die globale Erwärmung fortsetzen und zunehmend Spaltungs- und Konfliktlinien in der internationalen Politik hervorrufen, weil sie vielfältige Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern auslöst: um Wasser, um Land, um die Bewältigung von Migrationsströmen und um weitere „Kollateralschäden“ des Klimawandels. Die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels unter enormem Zeitdruck ist deshalb die erste Herausforderung, der sich die Politik stellen muss.

Für die Entwicklungspolitik ergibt sich darüber hinaus eine zweite Herausforderung. So müssen in enger Kooperati-

on mit den betroffenen Entwicklungsländern existierende Armutsbekämpfungsprogramme mit geeigneten Anpassungsstrategien an einen nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel verbunden werden. Flankierend müssen Maßnahmen zur Konfliktprävention insbesondere in den Regionen weiterentwickelt werden, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sein werden. Zusätzlich muss die Entwicklungspolitik dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen der großen und schnell wachsenden Ankerländer zu begrenzen.

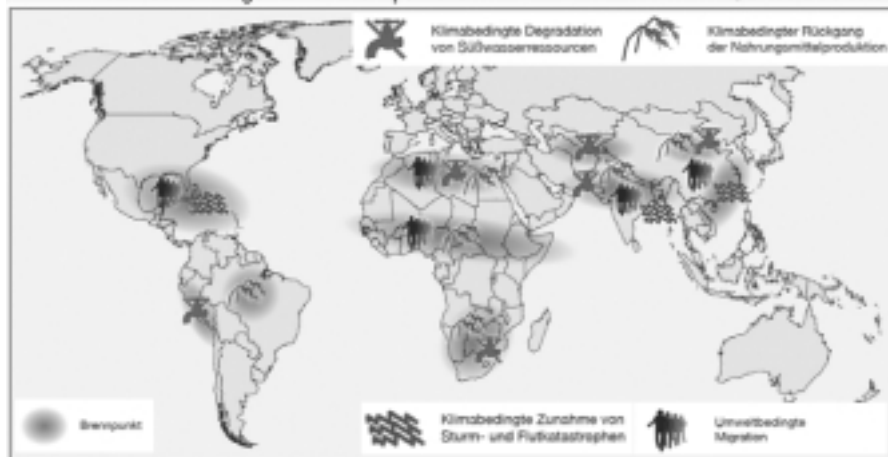
Das Bewusstsein dafür, dass der Klimawandel zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zählt, ist in den vergangenen Monaten weltweit angestiegen. Um aber die Staatengemeinschaft hinter gemeinsamen klimapolitischen Zielen zusammenzuführen und die Kli-

makrise abwenden zu können, sind drei Teilstrategien zu verknüpfen: eine wirksame, durch glaubwürdige und entschlossen handelnde Akteure vorangetriebene globale Klimapolitik, die armutsorientierte Anpassungsmaßnahmen einschließt; eine Beschleunigung von Innovationsprozessen in der globalen Energieversorgung sowie in anderen Bereichen der Ressourceneffizienz; eine Ausweitung und Vertiefung multilateraler Kooperationsprozesse, die insbesondere auch China, Indien und die USA einbinden, ohne die eine nachhaltig wirksame Klimapolitik nicht gelingen kann.

*Dirk Messner (Direktor des DIE – Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) und Steffen Bauer (Wissenschaftlicher Mitarbeiter des DIE)*

(redaktionell gekürzt)

Klimabedingte Risiken in ausgewählten Regionen  
Konfliktkonstellation in ausgewählten Brennpunkten



Klimabedingte Risiken in ausgewählten Regionen – Konfliktkonstellation in ausgewählten Brennpunkten

## Zwei Welten, ein Klima – zum Podiumsgespräch mit parlam. Staatssekretär Michael Müller

Hamm, 19. Dezember 2007 – Lars Bütke

Mit einem Staatssekretär zu diskutieren, kann zuweilen etwas ermüdend wirken. Immer darauf bedacht, das Regierungshandeln positiv darzustellen und sich nicht zu weit aus der Deckung zu wagen, sagt ein Staatssekretär lieber „wir“ als



„ich“ und bleibt lieber auf dem Boden der Beschlüsse, als eigene Vorstellungen und über die Legislaturperiode hinausweisende Visionen darzulegen.

Michael Müller ist anders. Er ist ein politisches Schwergewicht

sui generis und wagt stets einen kritischen Blick: Als Regierungsmitglied auf Unzulänglichkeiten der Regierungspolitik, als Sozialdemokrat auf die vertanen Chancen der Sozialdemokratie, als Demokrat auf die Herausforderungen, die der Klimawandel für die freiheitlich-demokratische Grundordnung bereithält.

Als routinierter Redner legte Müller sehr überzeugend dar, wie gefestigt inzwischen die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel sind, wie sie sich in den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) widerspiegeln. Die angemessene Antwort könne nur in einem „neuen Weltwirtschafts-

system“ liegen, das Produktivitätsgewinne statt durch den effizienteren Einsatz der menschlichen Arbeitskraft durch den effizienteren Einsatz der Energie erziele. Durch Einsparungen, Erneuerbare Energien und vor allem Effizienzsteigerungen ließe sich in einem ersten Schritt in Deutschland das Ziel einer vierzigprozentigen Reduktion der Kohlendioxidemissionen bis 2020 (bezogen auf 1990) erreichen.

### „Aufhaltsame Katastrophe“

Michael Müller vermag zu überzeugen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung erntete er kaum Widerspruch. Dabei



sind seine Thesen keineswegs unangreifbar: Als „aufhaltsame Katastrophe“ bezeichnet Müller in Anspielung an Brechts „Arturo Ui“ den Klimawandel. Stellt er damit nicht genau jene Analogie zwischen Erderwärmung und Aufstieg des Nationalsozialismus her, die er bei Al Gore kritisiert? Sieht er die Verantwortung für den Klimawandel ebenso einseitig bei der Industrie, wie Brecht die Verantwortung für Hitlers Aufstieg beim Großkapital sah?

Gravierender ist ein anderer Einwand: Müller reklamiert für Deutschland eine Führungsrolle bei der Energieeffizienz und der Nutzung regenerativer Energien, den Schlüsseltechnologien der nächsten „Langen Wellen“ (Kondratieff-Welle) der Konjunkturentwicklung. Diese Führungsrolle soll die wirtschaftliche Prosperität in Deutschland nachhaltig sichern. Selbst ohne die Prämissen zu hinterfragen, ist fraglich, ob dieses Konzept aufgehen kann.

## Und dann kamen die Lokalpolitiker

Hier prallten keine zwei Welten aufeinander. Die beiden Welten, die der Kommunalpolitik und die der globalen Zukunftsvisionen, flogen in den Weiten des Alls aneinander vorbei! Es wäre verfehlt, die Verantwortung für dieses Auseinanderfallen der Diskussion nur auf einer Seite suchen zu wollen. Selbstverständlich tun sich mehr oder weniger ehrenamtliche Kommunalpolitiker, die sich mit allen Politikfeldern befassen müssen, schwer, mit einem ausgewiesenen Fachpo-

litiker auf Augenhöhe zu diskutieren. Aber ihre Aufgabe wäre es gewesen, Möglichkeiten und vor allem Grenzen der kommunalen Klimapolitik aufzuzeigen und dem Regierungsvertreter kritische Fragen nach den Rahmenseetzungen durch die Bundesebene zu stellen. Sind die Kommunen nicht trotz leichter Verbesserungen nach wie vor finanziell in einer derart prekären Lage, dass sie es sich nicht leisten können, durch zusätzliche Klimaschutzauflagen einen Investor, der Arbeitsplätze, Gewerbesteuerereinnahmen und Kaufkraftzuwachs verspricht, abzuschrecken?

Dass sie nur sehr begrenzt Investitionen tätigen können, die sich erst über Jahre in Form von niedrigeren Energiekosten bezahlt machen? Dass es ihnen schwerfällt, im städtischen Beschaffungswesen Mehrkosten durch die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards zu tragen? Und wie sieht es mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen aus? Ist nicht jeder Versuch, regionales Wirtschaften zu fördern, durch das Vergaberecht, das ab einem bestimmten Auftragsvolumen europaweite Ausschreibungen verlangt, zum Scheitern verurteilt?

## Die kommunalpolitische Diskussion

Stattdessen blieben die Diskutanten über weite Strecken den eingeübten Rollen von Regierung und Opposition verhaftet: Der Vertreter der Mehrheitsfraktion zählt auf, was die Stadtregierung geleistet hat, der Grundtenor der Gegenseite

lautet: Es könnte viel mehr geschehen und die Regierung hat versagt.

Aber auch der Staatssekretär hat sich kaum auf die kommunalpolitische Diskussion eingelassen. So löblich es ist, dass sich Michael Müller nicht als Handlungsreisender in Sachen Regierungspolitik versteht, dem es in erster Linie darum geht, die Aktivitäten des Ministeriums gut zu verkaufen, ist es doch bedauerlich, dass ihm das Kreislaufwirtschaftsgesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz nur einen Halbsatz wert gewesen sind. Und auch die verschiedenen Förderprogramme des Bundes, die entweder direkt von den Kommunen in Anspruch genommen werden können oder die sich an Privatleute oder Unternehmen richten, aber von den Kommunen beworben werden sollten und ggf. durch kommunale Programme flankiert werden können, sind nicht thematisiert worden.

Auch auf die Frage, welche Stadt als Vorbild in Sachen Klimaschutz gelten könne, ist Müller die Antwort schuldig geblieben. Die Antwort müsste aus meiner Sicht lauten: Keine – bei allem Respekt vor Münster als Sieger im Kommunalwettbewerb zum Klimaschutz.

Hamm hätte also noch alle Chancen, diese Klimaschutz-Vorzeigestadt zu werden. Immerhin zeichnete sich unter den Kommunalpolitikern dahingehend ein Konsens ab, dass eine gründliche Bestandsaufnahme in Sachen Klimaschutz aussteht. Nur wenn der Ist-Zustand bekannt ist, kann sinnvollerweise ein Soll-Zustand beschrieben und der Weg dorthin definiert werden.



Die Teilnehmer der FUGe-Podiumsdiskussion (von links): Reinhard Merschhaus (Bündnis 90 – Die Grünen), Marc Herter (SPD), Dr. Karl A. Faulenbach (FUGe), Parlamentarischer Staatssekretär Michael Müller, Jörg Holsträter (CDU), Norwin Wegner (FDP).

# Aus alt mach neu!

## Zum Streitgespräch zwischen Bärbel Höhn und Marc Herter über den Kraftwerksneubau in Hamm-Uentrop

23. Januar 2008 – Lars Bütke

Es war ein spannender, interessanter und langer Abend voller Fakten, Kontroversen und Übereinstimmungen. Was bleibt? Gibt es ein Fazit der Diskussion zwischen Marc Herter (Aufsichtsratsvor-

sitzender der Stadtwerke Hamm) und Bärbel Höhn (frühere Umweltministerin in NRW und jetzt stellvertr. Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag)?



Die Teilnehmer des „FUGe-Streitgesprächs“ (von links): Marc Herter, Bärbel Höhn.

sitzender der Stadtwerke Hamm) und Bärbel Höhn (frühere Umweltministerin in NRW und jetzt stellvertr. Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag)?

Marc Herter legte überzeugend dar, warum sowohl die Stadtwerke als auch der Rat der Stadt Hamm den Bau des Kohlenkraftwerks unterstützen. Bärbel Höhn legte nicht weniger überzeugend dar, warum sie und ihre Partei den Neubau von Kohlekraftwerken ablehnen.

Bärbel Höhn warnte mit Verweis auf die vor allem in den 80er und 90er Jahren geplanten und gebauten Müllverbrennungsanlagen davor, auch in der Stromversorgung Überkapazitäten aufzubauen. Zumal der massive Zubau von fossilen Kraftwerken auf Jahrzehnte den Ausbau der Regenerativen bremse. Marc Herter hielt dem entgegen, dass im Zuge des Atomausstiegs Bedarf an Ersatzkapazitäten bestehe. Für die Erneuerbaren sei also auch nach dem Bau neuer Kohlekraftwerke genug Platz im Markt. Auf absehbare Zeit sei die konventionelle Stromerzeugung preiswerter als die Nutzung erneuerbarer Energien, so dass ein Mix sozialverträgliche Preise garantiere. Zudem seien Wind- und Sonnenenergie nicht grundlastfähig. Nur die Biomassennutzung, die noch wenig genutzte Geothermie und mit Einschränkungen die Wasserkraft können auf regenerativer Basis Grundlaststrom bereitstellen. Höhn hingegen hält bis 2050 bei entsprechender Energieeinspa-

rung und höheren Energieeffizienz eine Versorgung durch regenerative Energie für machbar. Auch sei regenerative Energie durch ihren Mix und große Einzugsgebiete auf europäischer Ebene durchaus

grundlastfähig („irgendwo weht immer Wind“). Gegen die „Besatzungszonen“ durch die großen Energiekonzerne sei eine konsequente Klimapolitik allerdings schwer durchsetzbar.

Ein anderer großer Diskussionspunkt war die Kraft-Wärme-Kopplung. Bei der Stromproduktion fällt bekanntlich quasi als Abfallprodukt Wärme ab, die bei Großkraftwerken zumeist ungenutzt an die Umwelt abgegeben wird. Technisch ist auch bei den großen Kondensationskraftwerken eine Fernwärmeauskopplung möglich, die den Gesamtwirkungsgrad erheblich verbessert. Allerdings scheitert dies bei den meisten Großkraftwerken –

so auch in Uentrop – daran, dass vor Ort für die Wärme kein Bedarf besteht und ein Transport über weite Strecken weder wirtschaftlich noch energetisch sinnvoll ist. Dezentrale Systeme können hier Abhilfe schaffen: Die Stadtwerke Hamm betreiben bereits zwei Gas-Blockheizkraftwerke, um das Fernwärmenetz zu bedienen. Inzwischen sind auch wesentlich kleinere sogenannte Mini-BHKW verfügbar, die so ausgelegt sind, dass sie den Wärmebedarf von einem Mehrfamilienhaus decken, und – quasi in Umkehrung des Prinzips der Großkraftwerke – den Strom als „Abfallprodukt“ ins öffentliche Netz einspeisen.

Hiermit ist nur ein kleiner Teil des Diskussionsverlaufs nachgezeichnet worden. Aber wer hatte die besseren Argumente? Wer hat letztlich Recht? Zuweilen dient es der Klarheit, eine differenzierte Diskussion versuchsweise radikal zu vereinfachen.

Die von Bärbel Höhn vertretene Position orientiert sich konsequent an den Belangen des Klimaschutzes. Der Verzicht auf neue Kohle-Großkraftwerke ist ein wesentlicher Baustein einer Energiewende hin zur dezentralen Versorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Energien bei einem deutlich gesenkten Gesamtenergieverbrauch.

Kann es angesichts der gesicherten Erkenntnisse zum Klimawandel da noch Widerspruch geben?

Die Gegenposition, wie sie wohl gemerkt Marc Herter allenfalls ansatzweise vertreten hat, könnte lauten: Hamm braucht die Arbeitsplätze. Hamm braucht

### Angekündigte Investitionen im KohleKWs Bereich (>100 MWel)

Standort	Investor	Vorgesehene Inbetriebnahme	Leistung MWel
Duisburg /Walsum	STEAG	2010	750
Neurath (BoA)	RWE	2010	2.100
Niedersachsen	Electrabel	2010/2011	800
Boxberg	Vattenfall	2011	675
Bremen-Mittelbüren	swb	2011	800
Datteln	E.ON	2011	1.100
Herne	STEAG	2011	750
Karlsruhe/Rheinhafen	EnBW (RDK)	2011	800
Ruhrgebiet	EWMR	2011	1.100
Hamm	RWE (u.a.)	2011/2012	1.410
Hamburg/Moorburg	Vattenfall	2012	1.640
Lünen Steinkohle	Trianel	2012	750

in: BMU-Statusbericht 03/06

die Kaufkraft der Beschäftigten. Hamm braucht die Steuereinnahmen. Das Kraftwerk macht den Standort Uentrop für energieintensive Unternehmen attraktiv. Die Kohlendioxidemissionen beeinträchtigen nicht die Lebensqualität in Hamm. Und wenn das Kraftwerk nicht in Hamm gebaut wird, wird es woanders gebaut.

Und der Klimaschutz? Bringt eine gute CO<sub>2</sub>-Bilanz der Kommune irgendwelche Vorteile? Das wirtschaftliche Risiko, das sich aus den steigenden Preisen für CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte ergibt, liegt jedenfalls allein bei den RWE. Diese Sicht-

dort erfolgen, wo sie am kostengünstigsten zu realisieren sind, wird somit konkurrenziert.

Als Zwischenergebnis ließe sich für Hamm also festhalten: Der Kraftwerksneubau ist Unsinn, aber Hamm kann von diesem Unsinn profitieren. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob die Kommunen die richtige Ebene sind, um über die zukünftige Struktur der Energieversorgung zu befinden. Ist es nicht naiv, darauf zu setzen, dass die Kommunen, die um jeden neuen Arbeitsplatz kämpfen, sich geschlossen dem Neubau von Kraftwerken

lokalen Thema für möglichst Viele machen oder durch einen Tag der „Offenen Tür“ von Einrichtungen mit regenerativer Energieversorgung und Wärmedämmung zusammen mit den Medien für praktischen Klimaschutz vor Ort werben.



Von links: Marc Herter, Bärbel Höhn, Moderator Detlef Burrichter.

weise entbehrt nicht des Zynismus. Aber sie führt uns zum Kern des Problems: Sollen wir auf alle das verzichten?“

Die großen Energieversorger können jetzt noch Fakten schaffen und eine Struktur der Energieversorgung zementieren, die eigentlich nicht mehr tragfähig ist, sobald der Emissionsrechtenhandel voll greift. Entstehen somit in den nächsten Jahren reihenweise Investitionsruinen, da die Kosten für die Emissionsrechte die Stromerzeugung in Kohlekraftwerken unrentabel machen? Im Gegensatz zu Bärbel Höhn gehe ich nicht davon aus. Ohne die großen Energieversorger dämonisieren zu wollen: Der politische Einfluss von RWE, e.on, Vattenfall und EnBW ist sicherlich groß genug, um die Belastung durch Emissionszertifikate unterhalb der kritischen Schwelle zu halten. Keine NRW-Landesregierung würde tatenlos zusehen können, wenn RWE in den Ruin getrieben würde.

Letztlich ist zu befürchten, dass der Bau neuer Kohlekraftwerke dazu führt, dass die Elektrizitätswirtschaft die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weniger senken kann, als möglich und wünschenswert wäre. Sollen die nationalen Minderungsziele dennoch erreicht werden, muss in den anderen Sektoren wie Verkehr, Wärmeversorgung und Industrie mehr getan werden. Der Grundgedanke des Emissionsrechtenhandels, dass Emissionsminderungen

widersetzen? Gilt das nicht im besonderen Maße, wenn die Alternative zum Neubau die baldige Aufgabe des Standorts und damit der massive Verlust von Arbeitsplätzen wäre?

Was kann stattdessen eine Kommune tun, um das Klima zu schützen? Sie kann über die Bauleitplanung Einfluss auf die Siedlungsstruktur nehmen. Attraktive Wohngebiete in zentraler Lage mit gutem ÖPNV-Anschluss tragen zur Verkehrsvermeidung bei. Sie kann Stadtteilzentren fördern und somit Einkaufsmöglichkeiten im fußläufigen Bereich gewährleisten. Sie kann ihren eigenen Gebäudebestand energetisch sanieren. Sie sollte, wie Bärbel Höhn den Diskussionspartnern vorschlug, durch einen „Runden Klimatisch“ das Thema Klimaschutz zu einem



Die größten Klimawinder weltweit.

All diesen Maßnahmen ist gemein, dass sie für die Stadt positive Nebeneffekte haben. Die Gebäudesanierung senkt die laufenden Energiekosten. Wer im Zentrum wohnt, gibt einen Großteil seines Geldes in der Stadt aus, während die Kaufkraft der Familien im Randbereich oftmals in den Nachbarkommunen oder über den Versandhandel ganz woanders wirksam wird. Jedes Einzelhandelsgeschäft in den Stadtteilzentren steigert das Steueraufkommen und sichert Beschäftigung.

Die fatale Entwicklung hinsichtlich neuer Großkraftwerke muss hingegen vornehmlich auf Landes- und Bundesebene gestoppt werden: Zum Beispiel in Hamburg-Moorburg.



Diskutierte eifrig mit: das Forum.



# Klimaschutz sollte auch in Hamm praktiziert werden

Ulrich Schölermann

Kein anderer Umweltbericht wie der Klimabericht der Vereinten Nationen (UN) aus dem Jahr 2007 hat die Bürger in Deutschland derartig aufgerüttelt. Die Roten Listen bedrohter Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume hat die Bürger bisher nicht sonderlich interessiert. Dass die Flächenversiegelung in Deutschland täglich 93 Hektar beträgt ist auch kein Thema für die Bürger. CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Autos und Kraftwerke – man weiß es, aber deswegen wird nicht weniger Auto gefahren. Öko-Strom aus regenerativen Energiequellen – kaum jemand macht Gebrauch davon, weil er teurer ist. Aber Gebrauch wird davon gemacht, mit dem Flugzeug in Urlaubsgebiete zu gelangen. Die Angebote der Billig-Fluglinien, mal eben nach London oder Paris zu gelangen, waren im Grundpreis billiger als eine Taxifahrt von Bockum-Hövel nach Uentrop. Dabei sind Flugzeuge die „wirksamsten“ Klimakiller überhaupt.

## UN-Klimabericht schreckte auf

Besonders die Naturschutzverbände, die seit Jahren auf die Notwendigkeit des Klimaschutzes hingewiesen haben, mussten feststellen, dass Klimaschutz nicht interessiert, solange das Leben so weiter laufen kann wie bisher.

Das galt bis zur Veröffentlichung des UN-Klimaberichts. Das Szenario, das Wissenschaftler aufzeigten, war erschreckend: der Temperaturanstieg bis 2100 wird 1,1 Grad bis 2,9 Grad betragen, 2,4 Grad bis 6,4 Grad im schlechtesten Fall. Von den letzten zwölf Jahren wa-

ren elf die wärmsten seit 1850. Die mit Schnee bedeckten Flächen sind seit 1980 um fünf Prozent zurückgegangen, die Häufigkeit der Niederschläge nimmt zu. Das Meereis der Arktis geht seit 1978 im Jahresmittel um acht Prozent zurück. Die Temperatur des Permafrostbodens steigt seit 1980 um drei Prozent an, die Fläche verringert sich seit 1990 um sieben Prozent und setzt in der Folge gespeichertes CO<sub>2</sub> frei! Die Erwärmung der Ozeane bis in 3000 Meter Tiefe lässt die Meeresspiegel zusätzlich ansteigen. Bei einer Erwärmung um drei Grad wird Grönland eisfrei werden. Schmilzt das Meereis, wird seine helle Oberfläche durch eine dunkle Wasseroberfläche ersetzt – mit der Folge, dass statt 70 Prozent der Sonneneinstrahlung nur noch zehn Prozent zurückgestrahlt werden und somit auch dieser Effekt zur Erderwärmung beiträgt. Sollten sich Meeresströmungen verändern und sich z. B. der Golfstrom, der uns in Mitteleuropa das behagliche Klima verschafft, einen anderen Weg suchen, würden einschneidende Veränderungen unseres Lebens unumgänglich sein – vorsichtig ausgedrückt.

## CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken

Handeln ist angesagt, und es ist Eile geboten, denn die Atmosphäre reagiert nur langsam auf das, was an Gegenmaßnahmen ergriffen wird. Ein Beispiel ist die im japanischen Kyoto getroffene Vereinbarung von 1997. Die Industrieländer haben sich darauf verständigt, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent zu senken, gemessen am Wert von 1990 (EU-Staaten acht Prozent),

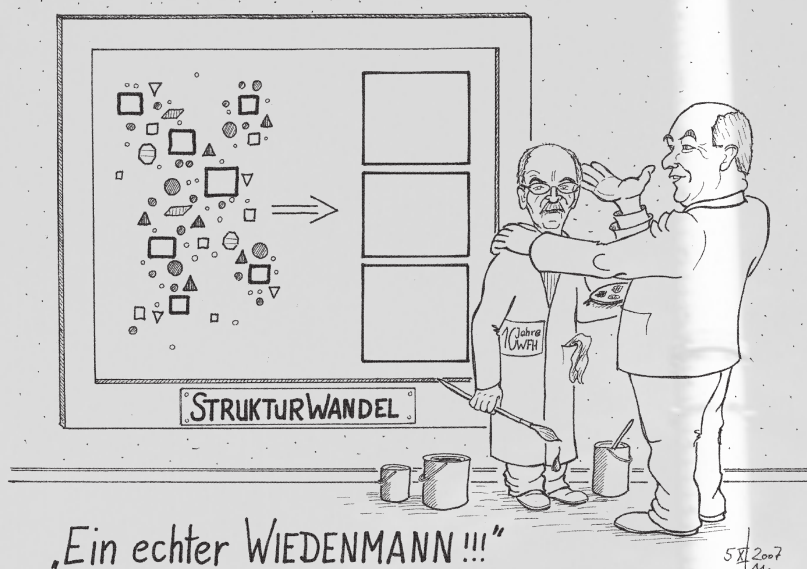
Deutschland will 21 Prozent bis 2012 reduzieren. Die Umweltminister dieser und der vorherigen Regierung in Deutschland haben angekündigt, dass ein Wert von 40 Prozent bis 2020 machbar sei. Klimaforscher haben ermittelt, dass bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit um 50 Prozent gesenkt werden müssten, um die Erderwärmung auf zwei Grad zu halten, um so das Schlimmste zu verhindern. Mittlerweile hat auch die Bundeskanzlerin erkannt, dass Klimaschutz ihr Thema sein muss und nicht nur das des Umweltministers. Also ist sie nach Grönland geflogen und hat sich in ihrer schicken roten Wärmejacke fotografieren lassen. Hilfreich (für das Klima) war das sicher nicht, aber öffentlichkeitswirksam war es allemal. Die USA fallen völlig aus der Rolle: statt wie vorgesehen Emissionen um sieben Prozent zu senken, sind sie um 13 bis 19 Prozent gestiegen; und das soll nach Aussage ihres Präsidenten noch so weiter gehen.

## Auch die Lokalpolitik ist gefordert

Das Ziel, die Erderwärmung zu vermeiden, ist nicht nur über die „große Politik“ der Bundesregierung zu erreichen, es muss auch auf örtlicher Ebene durch die Lokalpolitik angestrebt werden. Eigentlich müsste die Stadt Hamm dort eine Vorreiterrolle übernehmen, denn sie trägt den Titel „Bundeshauptstadt für Natur- und Umweltschutz“ der Deutschen Umwelthilfe. Hamm ist auch eine der drei „Ökologischen Modellstädte der Zukunft“ des Landes NRW gewesen. Viele Projekte wurden dazu im Verlauf von 1992 bis 2002 durchgeführt. Hamm ist seit 1993 Mitglied im „Klimabündnis Alianza del clima e. V.“ und hat sich verpflichtet, bis 2010 die Treibhausgase um 50 Prozent gegenüber 1987 zu mindern.

## Neues Kohlekraftwerk in Hamm

Die Realität sieht anders aus. Beispiele: Der Entscheidung, ein 1600-Megawatt-Kohlekraftwerk in Uentrop zu bauen, hat der Rat unserer Stadt bedenkenlos zugestimmt. Die alten Blöcke A und B (304 MW) werden mit Inbetriebnahme abgeschaltet, der Block C (284 MW) aber erst vier Jahre später. Die alte Dreckschleuder soll also zeitgleich noch Ertrag bringen. Die beiden neuen 800-MW-Blöcke D und E werden die heute zeitgemäße Technik besitzen mit einer Ener-



gieeffizienz von 46 Prozent. Die Frage ist nur, wie lange sie als technisch modern gelten werden, denn die Technik schreitet stetig voran. RWE täte gut daran, in die Zukunft zu schauen und in regenerative Energietechniken zu investieren.

Den umweltbewussten Hammer Bürgern hat es die Sprache verschlagen, als Oberbürgermeister und Wirtschaftsförderung verkündeten, Hamm wäre bereit, Standort für ein weiteres Kohlekraftwerk zu werden. Dieses Kohlekraftwerk ist in Krefeld vom Stadtrat abgelehnt worden, aus Klimaschutzgründen. Und ausgerechnet die Bundeshauptstadt für Natur- und Umweltschutz will da „helfend eingreifen“? Wir brauchen aber keine Kohlekraftwerke, sondern Technologien der Zukunft: Nutzung der Sonnen-, Windenergie und Wasserkraft.

## Verkehrsplan fördert Straßenbau in Hamm

Neu ist der Masterplan Verkehr 2007, die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans von 1994. Hier vermisst man Aussagen zur Vermeidung des Schadstoffausstoßes, aber es werden etliche neue Straßen vorgeschlagen, wie in seinem Vorgängermodell. Eine Binsenweisheit ist: neue Straßen bringen zusätzliche Verkehre, fördern den Schadstoffausstoß und unterstützen die Erderwärmung. Jede der Straßen, die 1994 vorgesehen waren, ist entweder gebaut worden oder noch in der Planung. Einen Stopp der Planung hat es bei der Warendorfer Straße (Heessen-Bockum-Hövel) gegeben, damals, als

Beachtlich ist die Zahl der neuen Wohn- und Gewerbegebiete in Hamm. Ständig flattern neue Pläne auf den Tisch. Von 2007 bis 2008 wurden folgende Wohngebiete neu ausgewiesen oder beplant:

Bimbergsheide  
Fritz-Reuter-Straße  
Wielandstraße  
Zentrum Werries  
Ahornallee/Eschenallee  
Diesterwegstraße  
Wohnpark Schulze-Everding  
Dürerstraße/Pilsheide  
August-Bebel-Straße/Holzstraße  
Marker Allee/Auf dem Westenfelde  
Königskamp  
Liboriusweg/Daberg  
Bergstraße/Südfeldweg

Neue Gewerbegebiete:  
Landabsatz Radbod  
Rewe/Realschule Rhynern  
An der Bewer/Wambelner Straße  
Inlogparc Weetfeld



*Energieerzeugung durch erneuerbare Energietechniken ist gefragt im Klimaschutz, um die Erderwärmung abzubremesen. Links das veraltete Kohlekraftwerk in Uentrop, rechts ein Windrad in Weetfeld.*



SPD und Grüne die Ratsmehrheit in Hamm stellten. Das ist Schnee von gestern, heute wird auch diese Planung wieder vorangetrieben. Die neue Nordlippe-Randstraße ist eine komfortable Straßenverbindung zwischen dem Autobahnanchluss Bockum-Hövel und der Münsterstraße. Stehen hier Aufwand (Finanzen, Naturzerstörung) und Nutzen (Anzahl der Fahrzeuge) in einem vertretbaren Rahmen gegenüber? Wohl kaum. Gleiches gilt für den nördlichen Teil der Römerstraße.

Ebenso neu ist der Flächennutzungsplan, der neue Gewerbe- und Wohngebiete festlegt. Wird unbebaute Fläche versiegelt und bebaut, wird Sauerstoffproduktion verhindert und Kohlendioxidausstoß gefördert. Beispiel Gewerbegebiet Weetfeld (Inlogparc). Hier entsteht ein Logistikzentrum, das rund um die Uhr betrieben und von vielen LKW angefahren werden wird. CO<sub>2</sub> entsteht in großen Mengen. Die neue Gewerbefläche soll in der Endphase 85 Hektar groß werden – das zeugt nicht davon, dass die Stadtspitze in Hamm eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes tatsächlich anstrebt. Bemerkenswert ist, dass für den Inlogparc aktuell ein neuer Plan vorgelegt worden ist, der nur noch ein Drittel der Fläche belegt! Offensichtlich sind die Planungsprobleme so groß, dass die Stadt sich zu diesem dramatischen Schritt entschlossen hat. Entwässerung, Verkehrsführung, Grunderwerb, Ausgleichsflächen und Bodenschutz bereiten unvermutet große Schwierigkeiten. 13 neue Wohn- und Gewerbegebiete und vier Gewerbegebiete entstehen zurzeit in Hamm.

Die demographische Entwicklungsprognose sagt aber für Hamm einen Rückgang der Einwohnerzahl voraus – für wen sind die neuen Wohngebiete daher gedacht? Keiner der von der Verwaltung vorgelegten Pläne ist im Rat der Stadt

Hamm von der Politik abgelehnt worden, die SPD stimmte hin und wieder und die Grünen oft gegen neuen Flächenverbrauch. Hamm nimmt unter den NRW-Städten, was den Flächenverbrauch angeht, eine Spitzenposition ein.

## Umweltausschuss lehnt Finanzmittel für Klimaschutz ab

Weiter gestiegen ist in der Stadt Hamm die Fläche der Versiegelung. 1980 waren es 27 Prozent des Hammer Gebietes, 2006 bereits 32 Prozent. Die Nutzung durch Gewerbe, Wohnen und Verkehr hat insofern mit dem Klimaschutz zu tun, dass die hier entstehenden Emissionen auch ihren Beitrag zur Erderwärmung leisten. Auch wenn sich die Techniken zur Vermeidung des Schadstoffausstoßes verbessern, leistet die fortschreitende Versiegelung durch die nachfolgende Nutzung der Erderwärmung Vorschub.

Bewegung kam in die Klimaschutzfrage in Hamm, als die Grünen im Mai 2007 einen Antrag einbrachten und einen Fragenkatalog zu den Aktivitäten der Stadt Hamm aufstellten. Der Antrag war geeignet, im Klimaschutz aktiv zu werden. Leider wurde er im Umweltausschuss abgelehnt, besonders die CDU votierte dagegen. Was folgte, waren drei weitere Anträge: SPD und CDU legten nach und forderten schließlich die Grünen auf, doch auch einen Antrag zu stellen – sozusagen aufgrund „guter parlamentarischer Gepflogenheiten“. Aus diesen Anträgen formt die Stadt Hamm nun bis zum Sommer 2008 ein Maßnahmenpaket. Zeitgleich wurde der Haushaltsplan 2008 beraten, die SPD beantragte eine erste Summe von 50.000 Euro für den Klimaschutz. Besser 50.000 Euro als gar nichts, sagte sie, aber die CDU lehnte mit ihrer Mehr-



heit im Ausschuss ab: „ . . . nicht finanzierbar“. Es sieht also schlecht aus für die Umsetzung des Klimaschutzes in Hamm.

## Anträge zum Klimaschutz

In ihrem Klimaschutz-Antrag hat die SPD einige konkrete Forderungen gestellt. Dies betrifft die Sanierung städtischer Gebäude und den Betrieb städtischer Fahrzeuge. Auch die Stadtwerke Hamm werden aufgefordert, ihre Initiativen im Bereich der regenerativen Energieerzeugung auszudehnen, z. B. durch die Nutzung von Sonne (100-Dächer-Programm) und Wind (Beteiligung an Windkraftanlagen auf See). Kritisiert wird, dass der Masterplan Verkehr keine Handlungsansätze zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung aufzeigt.

Weniger konkret liest sich der Antrag der CDU. In ihm ist viel von Programmen und Maßnahmen die Rede, Vorschläge zur pragmatischen Umsetzung fehlen. Gelobt wird der Masterplan Verkehr, eine Anmahnung der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes fehlt. Stattdessen wird auf das Programm Ökoprotit hingewiesen (das Fördergelder des Landes erhält, aber von der Firma B.A.U.M.-Con-

sult durchgeführt wird): Firmen wird aufgezeigt, an welchen Stellen im Produktionsablauf Ressourceneinsparungen möglich sind. Eines der Lieblingsthemen der CDU ist das Waldentwicklungskonzept. Hier widerspricht sich die CDU in ihrem Antrag selbst: sie will die Waldfläche vermehren, weist aber darauf hin, dass kaum Flächen zur Verfügung stehen. Die Initiative der Grünen in der letzten Umweltausschusssitzung, mehr Schwung in die Waldvermehrung zu bringen, wurde von der CDU wiederum abgeblockt – das ist schwer verständlich. Tatsache ist, dass in 18 Jahren Waldvermehrung die Waldfläche Hamms gerade einmal von 7,7 % auf 8 % (+ 106 ha) gestiegen ist. Windenergie ist für die CDU im Übrigen kein Thema.

Der Antrag der Grünen zielt ebenso wie der der SPD auf die Nutzung von Sonne und Wind. Die Grünen nennen als einzige das Engagement Privater auf dem Sektor der Energieeinsparung bei Gebäuden. Sie fordern dafür öffentliche Fördermittel für Private, Nutznießer können hier die lokalen Handwerksbetriebe sein. Zum Masterplan Verkehr fordern sie, die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu unterstützen.

Und das ist aus Sicht der Umweltverbände auch nötig. Dringend benötigt unsere Stadt ein innerstädtisches Radwegenetz für die Radfahrer, die das umweltfreundlichste aller Verkehrsmittel auf der Fahrt zur Arbeit und zum Einkaufen einsetzen. Gut ausgebaute Radwege müssen auch entlang der Hauptverkehrsstraßen vorhanden sein, vernünftige Abstellmöglichkeiten für Räder dort, wo eingekauft wird. Die Radwege in den Außenbezirken bieten zwar Erholungsmöglichkeiten, aber solange das Radnetz für den täglichen Gebrauch nicht ausreichend ist, hilft es zum Klimaschutz nur unwesentlich.

Deutschland ist kräftig dabei, die Reduzierung der Klimagase zu erreichen: von den angestrebten 40 Prozent bis 2020 sind knapp die Hälfte erreicht. Das gibt Hoffnung! Deswegen darf die Kommunalpolitik aber nicht die Hände in den Schoß legen und erklären, Klimaschutz wäre nicht finanzierbar, nur weil der Haushalt ausgereizt ist.

Wir Bürger sollten uns an den Gedanken gewöhnen, unser Tun und Handeln künftig einschränken zu müssen, wenn wir einen wirksamen Klimaschutz betreiben wollen.

Klimaschutz geht alle an!

## Wie reagieren Schulen und Verbände auf die Herausforderung eines Klimawandels?

Renate Brackelmann

... diese Überschrift hatte ein Fragebogen, den FUGe Anfang April an alle Hammer Schulen und verschiedene andere Institutionen geschickt hat. Ziel dieser Umfrage war es zu erfahren, ob und wenn ja, wie das Thema Klimawandel in den verschiedenen Einrichtungen angegangen wird.

Von den rund 60 Hammer Schulen haben sich rund 30 % zurückgemeldet. In der überwiegenden Mehrheit der Schulen ist der Klimawandel ein Thema mit mittlerem bis hohem Stellenwert. Das Thema wird im Unterricht in verschiedenen Fächern wie Erdkunde, Religion und Deutsch zum Teil fächerübergreifend behandelt. Niederschlag findet es auch in Projekten und Projektwochen. So gibt es in einigen Schulen „Energiesparfische“, die z.B. darauf achten, dass das Licht beim Verlassen des Klassenraums ausgeschaltet wird. Eine Schule betreibt eine Fotovoltaikanla-

ge und eine andere hat einen Energiespartag an der gesamten Schule eingerichtet. Auch Bäume werden gepflanzt und ein Klimatag für die gesamte Schule und die interessierte Öffentlichkeit veranstaltet.

Von den angefragten Institutionen haben sich sechs zurückgemeldet. Darunter war die Landschaftsstation des Kreises Höxter, die ein Forschungsvorhaben zur „Auswirkung des Klimawandels auf hoch-

rangig gefährdete Arten im Weserbergland“ durchführt. Die Volkshochschule Hamm hat eine Ausstellung des BUND zum Thema Klimawandel gezeigt und eine Bildungsveranstaltung an einer Hammer Schule durchgeführt. Die Firma „EG Solar“ bietet Baukurse für Solarkocher an und der evangelische Kirchenkreis Hamm kompensiert Flugreisen zur Partnerkirche mit Spenden an ein Klimaprojekt.

Die Umfrage zeigt, dass das Thema Klimawandel von den befragten Institutionen aktiv behandelt wird.

Bleibt zu hoffen, dass es zu einer positiven Verhaltensänderung bei den Zielgruppen führt.



# Die Eigenverantwortung der Wirtschaft für den Umweltschutz

Prof. Dr. Maximilian Gege, B.A.U.M.

Seit den 1990er Jahren stehen vor allem multinationale Unternehmen, die auch in Schwellen- und Entwicklungsländern aktiv sind, unter Beobachtung einer kritischen Öffentlichkeit. Die „negative Aufmerksamkeit“ richtet sich auf niedrige Sozialstandards, Lohn-Dumping, Kinderarbeit, das Nicht-Vorhandensein von Gewerkschaften sowie Diskriminierung von Geschlecht und Religion.

Die Konzerne reagieren darauf mit freiwilligen Initiativen, was sich auch in der Vielzahl ihrer Verhaltenskodizes widerspiegelt. Somit wird das Management ethischer Orientierungen und Werte immer mehr zum festen Bestandteil von Organisationen.

Unternehmen stehen also sowohl unter ökonomischem Effizienzdruck als auch unter ethischem Legitimationsdruck. Es geht heute nicht mehr um Gewinnmaximierung um jeden Preis, sondern um ein qualitatives Wachstum, welches den langfristigen Erfolg und einen verantwortlichen Umgang mit Ressourcen aller Art sichert. Auch wenn eine Vielzahl von Unternehmen ein ethisch fundiertes Wertemanagement mehr oder weniger freiwillig anerkennt, ist der Umgang damit nach wie vor sehr unterschiedlich. Es kann einem Unternehmen heute eher negativ ausgelegt werden, wenn es nur auf den „Ethik-Zug“ aufspringt und durch ein paar Aktionen für wohltätige Zwecke, die womöglich pressowirksam vermarktet werden, das „gesellschaftliche Unternehmensgewissen“ beruhigt.

Ein professionelles und nur als solches wirksames Wertemanagement in Unternehmen muss den Gesamtkontext berücksichtigen und darin eingebettet sein.

## Das 5-Stufen-Modell

Wie sehen nun die unterschiedlichen Stufen aus, die ein Unternehmen im Interesse einer gelebten und erfolgreich praktizierten Eigenverantwortung auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung durchläuft?

### Stufe 1: Ökologische Einzelmaßnahmen

Die Chancen ökologischer Einzelmaßnahmen liegen für Unternehmen insbesondere in der Möglichkeit, durch Um-



B.A.U.M. (Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management) ist ein Netzwerk von Personen, die sich für Umwelt- und Klimaschutz in Kooperation mit der Wirtschaft einsetzen. Seit 1999 gibt es auch in Hamm eine B.A.U.M.-Gesellschaft, die mit Projekten wie ÖKOPROFIT konkrete Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise aufzeigt. Neben der Öko- und Energieeffizienz rücken in der Arbeit von B.A.U.M. Hamm weitere Themen, wie z. B. Regionalwirtschaft, Familienfreundlichkeit und Sozialstandards, in den Fokus.

In dem nachfolgenden Artikel fasst der Bundesvorsitzende des B.A.U.M. seine langjährigen Erfahrungen in zahlreichen Projekten mit der Wirtschaft zusammen. Er kommt dabei zu dem Schluss: Die Eigenverantwortung der Wirtschaft für den Umweltschutz und für eine „nachhaltige Unternehmensentwicklung“ macht sie zukunftsfähig.

weltschutz gleichzeitig Kosten zu senken, beispielsweise in den Bereichen Abfall, Energie oder Abwasser. Sie sind Beispiele für eigenverantwortliches und kreatives Handeln der Wirtschaft und damit ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung.

### Stufe 2: Gezielte Umweltkonzepte

Im Rahmen von Umweltkonzepten werden ökologische Maßnahmen gebündelt und für verschiedene Bereiche (Energie, Wasser, Abfall) speziell für das Unternehmen erarbeitet. Es geht im Vergleich zu den einzelnen Maßnahmen um ein Gesamtkonzept für den Umweltschutz im Unternehmen.

### Stufe 3: Öko-Audit / ISO 14.001

Beim Öko-Audit handelt es sich um ein Managementinstrument, das eine systematische, dokumentierte, regelmäßige und objektive Bewertung der Leistung der Organisation, des Managements und der Abläufe zum Schutz der Umwelt umfasst. In Deutschland haben sich bislang über 2.625 Unternehmen am freiwilligen Öko-Audit beteiligt.

### Stufe 4: Nachhaltigkeitsstrategie

Entwickelt ein Unternehmen eine Nachhaltigkeitsstrategie, wird neben dem sparsamen Umgang mit Ressourcen und der Minimierung von Umwelteffekten auch auf die Umweltfreundlichkeit der Produkte geachtet. Von hoher Bedeutung für ein „nachhaltiges“ Unternehmen sind der Technologietransfer, die Beteiligung an „gemeinsamen Anstrengungen“, die Umwelt zu schützen, die Schulung der Mitarbeiter, das Durchführen von Forschungsarbeiten und ein offener Dialog mit Kunden, Zulieferern und Arbeitnehmern sowie anderen Stakeholdern.

### Stufe 5: Ecopreneurship

Das Konzept Ecopreneurship (Schaltz) kann mit „ökologieorientiertem Unternehmertum“ übersetzt werden. Die unternehmerische Tätigkeit ist weniger an Managementsysteme oder technische Verfahren, als den persönlichen Antrieb des Unternehmers gebunden, ökologisch bedeutende Marktchancen für sich zu erschließen. Im engeren Sinne ist Ecopreneurship als Gründung innovativer ökologieorientierter Unternehmen ein Prozess, der von Umsatz und Marktanteilszielen geleitet das Erkennen, Schaffen und Nutzen von Marktchancen und Öko-Innovation beinhaltet.

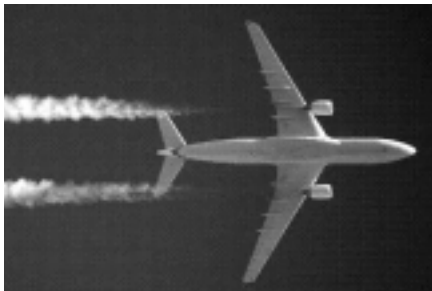
(redaktionell gekürzt)



# FairReisen und Reisen in Zeiten des Klimawandels

Marc Stefaniak und Marcos A. da Costa Melo (FUGe)

Ein Forum zu bilden, das zum Thema klimafreundliches Reisen, Vermeidung von Treibhausgasemissionen und Ökotourismus hat, ist keine leichte Aufgabe. Die Akteure der Themen - Reiselustige und Reisebüros - tun sich schwer. Schließlich ist ihnen selbst bewusst, dass Fliegen die klimaschädlichste Form des Reisens ist.



Allerdings kann bereits eine bewusste Analyse unserer Reiseziele zu einer umwelt- und sozialverträglichen Freizeitgestaltung beitragen. Dies bewies Dr. Manfred Treber, Fachreferent für Klima und Verkehr von Germanwatch, in einem Vortrag bei FUGe im März in Hamm.

## Reiseziele und unser möglicher Beitrag zum Klimaschutz

Der Klimawandel redet jedem Umweltbewussten jeden Tag ins Gewissen. Und auch jeder nicht Umweltbewusste weiß, dass gerade Fliegen – egal ob in den sorglosen Urlaub oder im Beruf – zum Klimawandel beiträgt. Trotzdem verzich-

ten viele Reisende nicht auf dieses Verkehrsmittel und einige Flüge lassen sich nicht vermeiden. – Was tun?

Angeboten werden aktuell so genannte Ausgleichszahlungen, auch Flugkosten inklusiv, die für den Ausstoß schädlicher Klimagase der Reisedistanz entsprechend berechnet werden: Ein Beitrag zur Schadensbegrenzung, nicht mehr, nicht weniger. Dennoch auch eine Verbesserung der persönlichen oder unternehmerischen Ökobilanz.

## Ökobilanz und Gerechtigkeit

Immerhin werden diese Zahlungen an gemeinnützige Initiativen als Spende abgeführt. Diese investieren dann, abzüglich geringer Verwaltungskosten, in Solar-, Wasserkraft-, Biomasse- oder Energiesparprojekte in Entwicklungsländern. Dort können effektiv Klimagase reduziert werden, ausschließlich durch den Einsatz erneuerbarer Energien oder durch Energieeinsparung. Dort, in den Entwicklungsländern, schlagen aber auch die Folgen des Klimawandels „effektiv“ zu, mit Krankheiten, Dürren, Versalzungen und Landverlusten. Das betrifft einen großen Teil der Weltbevölkerung. Jemals geflogen sind hingegen nur etwa fünf Prozent aller Menschen der Welt.

Ein Flug nach Teneriffa und zurück ist so klimaschädlich wie ein Jahr Auto fahren. Eine Flugreise in die Karibik und zurück entspricht der Kohlenstoffdioxide-

mission von 80 Menschen im Jahr in Tansania. Durchschnittlich wird auf einer Flugstrecke über 3.000 Kilometer – etwa die Strecke Münster nach Portugal hin und zurück – eine Tonne Kohlenstoffdioxid ausgestoßen. Ein PKW stößt die gleiche Menge Kohlenstoffdioxid auf 7.000 Kilometer, ein Zug auf 17.000 Kilometer aus. Eine andere Möglichkeit verantwor-



tungsvollen Handelns wäre somit der Umstieg aufs Bahnfahren – und wünschenswert in diesem Zusammenhang eine insgesamt zukunftsfähige Verkehrspolitik, die Anreize für Anbieter und Kunden schafft.

## Der Markt des sanften Tourismus

Insgesamt steckt in der Tourismus- und Reiseverkehrsbranche angesichts des Klimawandels eine enorme Chance verantwortungsvolleren Handelns. Der Markt des sog. Ökotourismus, Fahren oder Sanften Tourismus ist noch relativ jung und findet wenig Beachtung. Aber bereits jetzt sind Informationen in unüberschaubarem Ausmaß verfügbar. Die FUGe-Vortragsreihe Sanfter Tourismus möchte diese Infos sortieren, mit den Interessierten diskutieren und Klarheit und Bewusstsein zu dem Thema schaffen.

# Stadt Hamm für LIFE-Projekt ausgezeichnet

Ulrich Schölermann

Die Stadt Hamm bemüht sich seit einigen Jahren, die Lippeaue zwischen Schloss Heessen und der Stadtgrenze nach Soest neu zu gestalten. In fünf Maßnahmenblöcken werden ökologische Verbesserungen durchgeführt. Die Maßnahmen werden zum größten Teil mit Geldern der Europäischen Union aus dem LIFE-Fond gefördert.

Eines der Ziele ist die Durchgängigkeit des Flusses für Fische. Daher wurde um eine Stauanlage ein Umgehungsgerinne gebaut, damit für Fische das Wehr kein unüberwindliches Hindernis bleibt. Besonders wichtig ist der Stadt Hamm die „Entfesselung“ der Ufer: die Steine, die die Lippe in ein immer tiefer werdendes Flussbett zwängen, wurden entfernt, so dass sich wieder Steilhänge bilden kön-

nen. Diese Steilhänge bieten bereits jetzt Uferschwalbe und Eisvogel neue natürliche Brutmöglichkeiten.

Umfangreiche Grundstückskäufe ermöglichten sogar das Anlegen einer neuen Flussschlinge. Dies dient dem Hochwasser-



*Mäandrierender Bachlauf vor Schloss Oberwerries.*

schutz, da durch die Flusslaufverlängerung das aufgestaute Wasser deutlich länger aus den angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen herausgehalten werden kann. Gräben und Drainagen, die das unerwünschte Entwässern des Auenbereiches herbeigeführt haben, wurden wieder verschlossen. Blänken, flache Flutmulden, die angelegt wurden, bieten einer großen Zahl von Vogelarten und Amphibien neue Lebensräume.

Auch der typische Auwald wurde durch Pflanzungen gefördert, sodass hier vielfältiger und reich strukturierter Lebensraum entstehen kann. Dazu zählt auch die Umwandlung von intensiv genutztem Acker zu Grünland. Mit den Landwirten, die diese Flächen nutzen und Änderungen ihrer Bewirtschaftungsmethoden in Kauf nehmen müssen, steht die Stadt Hamm in regem Kontakt.

Die Deutsche Umwelthilfe zeichnete daher die Stadt Hamm am 14. Mai 2008 mit dem Preis „Grün in der Stadt“, der monatlich vergeben wird, aus. Dr. Frank Neuschulz, DUH, überreichte Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann und Umweltdezernent Frank Herbst die Urkunde. Auch FUGe gratuliert der Stadt Hamm zu dieser Auszeichnung und der



*Entfesselte Ufer ohne Steinschüttungen an der Lippe: LIFE macht es möglich.*

Durchführung der bereits erfolgten und noch geplanten Maßnahmen.

Auch wenn zurzeit die östliche Hammer Lippeau eine großen Baustelle gleicht, wird nach Fertigstellung hier ein

Lebensraum wieder hergerichtet worden sein, wie er vor der Intensivierung der Landwirtschaft in den Auen üblicherweise vorzufinden war.

## Fast nackt in die Ferne ziehen mit dem CO<sub>2</sub>-Kompass

Renate Brackelmann

Leo Hickman, Journalist beim Guardian, hat es versucht: ein Jahr lang ohne schlechtes Gewissen leben. Dazu gehörte für ihn gesunde Ernährung, schonender Umgang mit den Ressourcen und der Versuch, seine Kaufkraft bestimmten Großkonzernen zu entziehen.

Um dieses Vorhaben durchführen zu können, musste er zunächst seine Frau Jane von der Dringlichkeit seines Anliegens überzeugen und hat sich dann Fachbeistand durch drei Berater geholt, die sich im Bereich Biolebensmittel und dem Unternehmensdschungel auskennen. Launig beschreibt Hickman, wie sein Leben durch die Tipps dieser Experten gründlich auf den Kopf gestellt wurde und wie sein Einkaufswagen plötzlich nur noch halb so voll war, weil er auf viele Lebensmittel verzichtet hat, die nicht zu seiner neuen Lebensphilosophie passten. „FAST NACKT“ ist ein sehr unterhaltsames Buch, allerdings naturgemäß durch die britischen Verbrauchergewohnheiten geprägt, was für uns nicht immer nachvollziehbar ist. Am Ende geben eine „ethische Checkliste“ und ein Internet-Adressbuch Hinweise, um selber ein ethisches Leben zu führen. In die Ferne zog es Hickman für sein neuestes Buch „UND

TSCHÜSS“, in dem er sich mit den Auswirkungen des Tourismus beschäftigt. Das ist besonders für uns Deutschen ein interessantes Thema, da wir äußerst reisefreudig sind: 2006 haben die Deutschen 74,5 Millionen Auslandsreisen unternommen, Tendenz steigend. Dabei stellt der Autor natürlich Fragen nach der Umweltverträglichkeit des Flugverkehrs. Andererseits ist der Tourismus eine wichtige Einnahmequelle für viele Länder geworden. Leo Hickman wirft einen Blick hinter die Kulissen und berichtet von den Auswirkungen des Tourismus auf die Menschen vor Ort. Damit will er uns das Reisen nicht grundsätzlich vermiesen, sondern gibt Anstöße für ein Umdenken und einen Bewusstseinswandel.

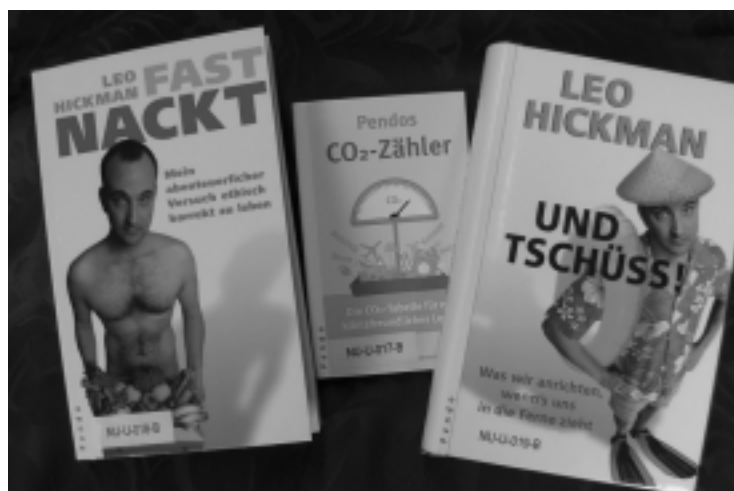
Ein hilfreiches Werkzeug für einen klimafreundlichen Alltag ist der Pendo's CO<sub>2</sub>-Kompass, wo man z. B. nachlesen kann, wie viel CO<sub>2</sub> für Treibhaustomaten im Gegensatz zu Freilandto-

den. Wie ein Kalorienzähler weist er den Weg zu einem CO<sub>2</sub>-sparsamen Leben.

Leo Hickman: Fast nackt – Mein abenteuerlicher Versuch ethisch korrekt zu leben; Pendo 2007

Leo Hickman: UND TSCHÜSS – Was wir anrichten, wenn's uns in die Ferne zieht; Pendo 2008

Pendo's CO<sub>2</sub>-Zähler – Die CO<sub>2</sub>-Tabelle für ein klimafreundliches Leben, Pendo 2007





# Neue entwicklungspolitische Leitlinien – braucht das Land!?

Karl A. Faulenbach

Anfang 2008 hat Minister Armin Laschet, zuständig für Generationen, Familie, Frauen und Integration, neue „Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Landes NRW“ herausgegeben, um die inzwischen 14 Jahre alten Richtlinien durch einen 10-Punkte-Katalog abzulösen – in einer Zeit, in der globales Denken und Handeln aktueller ist als jemals zuvor und gleichzeitig die finanziellen Zuwendungen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in NRW schmerzhaft gekürzt wurden.

Zur Bewertung dieser Leitlinien aus der Sicht einer NRO wie es FUGe in Hamm ist, sind die bekannten vier „W“-Fragen zu stellen:

1. Warum die Leitlinien jetzt?
2. Was beinhalten sie konkret?
3. Wie können/sollen sie umgesetzt werden und
4. (Für) wen sind sie gemacht?

5. Die längst überholten Leitlinien aus dem Jahre 1993.

Da seit Beginn der schwarzgelben Koalition in Düsseldorf vor drei Jahren die bisherigen Mittel allerdings erheblich gekürzt oder gar ganz gestrichen wurden, könnten solche Leitlinien auch missbräuchlich der Verschleierung der realen (Un)Bedeutung dieses Politikbereiches dienen. Aber: Wir glauben ja alle an die Ehrlichkeit in der Politik.

## 2. Was beinhalten sie konkret?

Es gibt die so genannten zehn entwicklungspolitischen Gebote, die auf einer bebilderten doppelten DIN A4 Seite mit best practice Beispielen vorgestellt werden.

Hier sind die für die NRO's relevanten zitiert:

- NRW richtet seine Entwicklungspoli-

- Die Landesregierung unterstützt das bürgerschaftliche Engagement in der entwicklungspolitischen Arbeit im In- und Ausland.

- NRW konzentriert seine Entwicklungszusammenarbeit auf Subsahara-Afrika.

Das alles klingt sehr fortschrittlich und global gedacht und könnte für dieses Politikfeld fast ein Quantensprung sein, wenn nicht die Realität der Landespolitik – bis auf Ausnahmen – dagegen sprechen würde.

## 3. Wie können/sollen sie umgesetzt werden?

Es gibt eine Reihe von Fakten und Indizien, die bezweifeln lassen, dass in NRW ein neues Zeitalter für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit angebrochen ist, wie es diese Leitlinien suggerieren könnten. Insbesondere drei Fakten sprechen gegen die Annahme: Das sind erstens die erheblichen finanziellen Kürzungen – keine GFG-Mittel mehr für die Kommunen; radikaler Abbau der Promotorenstellen; begrenzte Mittel für die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW –, zweitens das „schlappe“ Engagement in Sachen Millenniumsziele und hier insbesondere für den Klimaschutz und damit zusammenhängend drittens die konventionelle Energie- und Industriepolitik, auch was den Know-how-Export angeht: da stehen Kohle- und Atomkraftwerke deutlich vor den alternativen Energien.

Dass diese Landesregierung die Wirtschaft und die „privaten“ Träger im Sinne der Subsidiarität voran gehen lässt, hat mit dem politischen Selbstverständnis beider Koalitionspartner zu tun.

## 4. (Für) wen sind sie gedacht?

Diese Leitlinien könnten für die Regierung, das Landesparlament und die Partner dann fruchtbar werden, insbesondere für die Menschen in Ghana und Mpumalanga (Südafrika) sowie die NRO's in NRW, wenn neben einer gutwilligen Abteilung und einem engagierten Minister auch die Landesregierung und das Parlament ideell und materiell hinter diesen Leitlinien so stehen würden, dass diese zur Richtschnur des politischen Handelns und Alltags würde.

NRW-Leitlinien unter [www.callnrw.de/broschuerenservice/download/2917/Leitlinien\\_Entwicklungsarbeit.pdf](http://www.callnrw.de/broschuerenservice/download/2917/Leitlinien_Entwicklungsarbeit.pdf)



## 1. Warum die Leitlinien jetzt?

Im Vorwort zu dieser Druckschrift nennt der zuständige Minister fünf Gründe, die auf den ersten Blick einleuchten:

1. Die vielfältigen Außenbeziehungen des mit 18 Millionen Einwohnern größten Bundeslandes.
2. Weltweite Aktivitäten von NRW-Unternehmen.
3. Die Vielzahl internationaler Organisationen zur Entwicklungszusammenarbeit in NRW u. a. Bonn als Sitz der UN in Deutschland.
4. Die Vielzahl der Menschen in NRW aus Asien, Afrika und Lateinamerika.

tik an der Millenniumserklärung der UN aus.

- Die Landesregierung intensiviert die Partnerschaft und Kooperation mit Entwicklungsorganisationen, Kirchen, Hilfswerken und NRO's.
- NRW verbindet Migration und Entwicklung.
- NRW leistet seinen Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.
- NRW nutzt seine Kompetenz als Energieland für Klimaschutz und Ressourcen schonende Energienutzung in den Ländern des Südens.

# Ein Blick unter den Wühltisch

Discounter und globale soziale Rechenschaftspflicht – Martina Schaub (SÜDWIND)

In den letzten Jahren sind viele „textilfremde“ Discountunternehmen auf die Spitzenplätze des Textileinzelhandels in Deutschland vorgerückt. Anbieter wie Aldi, Lidl oder Tchibo, Plus oder KiK gehören in diese Gruppe. Mittlerweile kauft hierzulande jeder zweite Kunde Textilien und Bekleidung bei Discountern. Parallel zu diesem Trend wachsen die Marktanteile von Discountern auch in anderen Sektoren des Einzelhandels. Jahrelang hatte die Aldi-Gruppe die Führungsrolle unter den Discountern des Textileinzelhandels inne, doch inzwischen liegt Tengelmann mit Plus und KiK an der Spitze. Da der Textilkonsum in Deutschland abnimmt, hat sich in den letzten Jahren der Wettbewerb drastisch verschärft.

Damit gingen Tendenzen einher, die zur Zusammenlegung von Groß- und Einzelhandel und steigender Unternehmenskonzentration führten. Wichtige Begleiterscheinungen dieser Entwicklung sind zudem Verkürzung von Lieferzeiten durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien und die Internationalisierung des Beschaffungs- und Vertriebssystems.

**Der weltweite Strukturwandel im Textileinzelhandel** hat Auswirkungen auf die Situation der Beschäftigten. Dazu gehört vor allem die Auflösung traditioneller Beschäftigungsverhältnisse mit einer Abnahme an sozialer Sicherheit und einem damit einhergehenden Druck auf die Beschäftigten. Von diesem Druck sind nicht nur die Menschen in den Filialen betroffen. Zum Grundkonzept von Discountern gehört die drastische Ko-



stenesparung beim Personal – sowohl in hiesigen Filialen als auch in globalen Zulieferbetrieben.

In einer im Mai 2007 veröffentlichten Studie weist das SÜDWIND-Institut nach, dass bei chinesischen und indonesischen Aldi-Zulieferern Arbeitsrechte in bisher kaum bekanntem Ausmaß verletzt werden.

So schleichen sich in China Beschäftigte nachts heimlich aus den Fabrik-Schlafsälen, weil sie befürchten, vom Management keine Erlaubnis zur Kündigung zu erhalten. Wochenlang müssen sie auf ihre Löhne warten. Schulen kassieren von den Fabriken Gelder für die Vermittlung von minderjährigen Beschäftigten.

**Zum ersten Mal wird mit dieser Studie das Textilgeschäft des Discount-Pioniers Aldi** untersucht. Nach zahlreichen Forschungen in den letzten Jahren zur globalen Beschaffung von Markenunternehmen und Textileinzelhändlern wie adidas, Otto und KarstadtQuelle widmen sich das SÜDWIND-Institut und die Kampagne für Saubere Kleidung

(CCC) nun der Rolle von Discountern im weltweiten Wettbewerb dieser Branche.

Die Studie ist die Grundlage für die seit dem 8. März 2008 gestarteten CCC-Aktionen zum Thema „Discounter und globale soziale Rechenschaftspflicht – Das Beispiel Aldi“. Einerseits sollen Verbraucher und Gewerkschafter Druck auf die Unternehmen Aldi-Nord und Aldi-Süd ausüben, damit diese ihre Einkaufspraktiken ändern. Andererseits werden das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der Bundestag aufgefordert, das 2007 verabschiedete Verbraucherinformationsgesetz so zu verbessern, dass Regierung und Unternehmen verpflichtet werden, Verbrauchern umfassende, unabhängig überprüfte Informationen über die Einhaltung grundlegender Menschen- und Arbeitsrechte in Niederlassungen und bei Zulieferern von Unternehmen im In- und Ausland zur Verfügung zu stellen.

**Aktionen zu Aldi und weiteren Discountern** gibt es auch in anderen europäischen Ländern im Rahmen der Discounterkampagne der internationalen CCC. Zurzeit werden hierfür Studien zu den Unternehmen Lidl, Wal-Mart, Carrefour, Aldi und Tesco erstellt.

Martina Schaub ist Geschäftsführerin des renommierten Instituts für Ökonomie und Ökumene, SÜDWIND e. V., und war langjährige Mitarbeiterin von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW.



*Download oder Bestellen der Studie „All die Textilschnäppchen – nur recht und billig? Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien. Aktionsvorschläge für VerbraucherInnen und GewerkschafterInnen“, von Ingeborg Wick, hrsg. SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene, Siegburg 2007: [http://www.suedwind-institut.de/downloads/ALDI-Broschuere\\_dl.pdf](http://www.suedwind-institut.de/downloads/ALDI-Broschuere_dl.pdf). Auf der Seite können auch die Aktionsmaterialien zu Aldi wie Protestbrief, KundInnenkarte, Aktionsleitfaden abgerufen werden.*



Es hätte alles „so schön“ werden können: Die Stadt Hamm hätte, ihrem eigenen „Entwicklungs“-Konzept aus 1990 folgend, den architektonisch hochwertigen, ökologisch ausgerichteten und stark durchgrünten GewerbePARK um weitere 32 ha nach Süden für die Ansiedlung von vielen kleineren und mittleren Betrieben erweitern, auf Jahre hinaus hochwertige Gewerbeflächen für hochwertige Gewerbebetriebe zur Verfügung stellen können. Am 27.03.2007 beschloss der Rat nach sechsjährigem Planverfahren die entsprechenden Bebauungs- und Flächennutzungspläne, die im September 2007 rechtskräftig wurden.

## Doch alles kam ganz anders

Unklar ist, wann T€Di erstmals an die Türen der Wirtschaftsförderung Hamm GmbH (WFH) klopfte. Aber nur einen Monat später verwarf man diese Pläne inhaltlich mit den Beschlüssen des Rates zur 1. und 2. Änderung des Bebauungsplans für die Verlagerung (von Dortmund nach Hamm) des „Billigst-Discounter“ (was sich in dessen Produkten und Arbeitsplatzbedingungen widerspiegelt).

Statt vieler kleiner und mittlerer Betriebe soll die Fläche – erweitert um weitere 5 ha – nur noch an zwei „große“ Investoren verramscht werden. Aus einem überwiegend als Gewerbegebiet klassifizierten Gebiet wird nun ein Tummelplatz für LKW-orientierte Logistiker mit 24-Stunden-Betrieb. Die aus klima-ökologischer Sicht notwendigerweise vorgesehene intensive Durchgrünung entlang der inneren Erschließungsstraßen weicht einer Pseudoeingrünung am Rand der Betriebsflächen. Die Gebäudehöhen werden von

bisher 14 m im Norden (am Oberallener Weg) bzw. 8 m im Süden auf 20 m (Europazentrale T€Di), 14 m (Anlieferung) bzw. 35 m (Hochregallager) massiv aufgestockt – ein nicht ausgleichbarer Eingriff in das Landschaftsbild an dieser exponierten, weithin sichtbaren Hanglage mit einer Höhendifferenz von 13 m in Nord-Süd-Richtung! Allein der T€Di Bau hat im Endausbau 2014 eine West-Ost-Ausdehnung von 710 x 300 m. 80 % der Fläche (37 ha) können entsprechend der Festsetzungen im Bebauungsplan versiegelt werden. Im Endausbau 2014 drohen täglich weitere 2.300 Kfz mit einem LKW-Anteil von 45% auf dem heute schon überlasteten Straßennetz.

## Scoping-Termin 2005

Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband legte bereits im Rahmen des schriftlichen Scoping-Termins 2005 „vehementen Widerspruch“ gegen diesen Flächenfraß zu Lasten der in Hamm ansässigen Landwirtschaft ein und befürchtete zudem massive Entwässerungsprobleme. Der Regionalverband Ruhr stimmte den (alten) Planungen nur unter der Prämisse zu, dass die Erweiterung des GewerbePARKs nur dann umgesetzt wird, wenn weiterer Bedarf nachgewiesen ist. Es verwundert sicherlich niemanden, dass die WFH – seit dem 12.12.2006 allein verantwortlich für Ankauf, Erschließung sowie die Vermarktung von Gewerbeflächen einschließlich der Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und mit einem Polster von 71,9 ha städtischer Grundstücke – diesen Bedarf nie nachgewiesen hat. In der Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplans musste die

WFH vielmehr eingestehen, dass es in den letzten Jahren keine nennenswerte Nachfrage von außerhalb Hamms aus dem Segment „kleinere und mittlere Betriebe“ gegeben hat, ja dass die bisherige Entwicklung des GewerbePARKs vor allem auf innerstädtische Verlagerungen und Erweiterungen beruhte. BUND und NABU legen in ihren Stellungnahmen den Finger in die Wunde und weisen ausführlich nach, welche Folgen die investorenfreundlichen Planungsänderungen haben werden. Die im Dezember 2007 gegründete „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Rhynern“ mobilisierte in kürzester Zeit zahlreiche BürgerInnen, ihre Bedenken im Rahmen der Offenlegung einzuwenden. Innerhalb von zwei Monaten wurden 1500 Unterschriften gesammelt. Das 2. Änderungsverfahren wurde innerhalb von nur drei Monaten mit dem Ratsbeschluss am 29.01.2008 gegen die Stimmen der GRÜNEN abgeschlossen. Alle 50 Einwendungen wurden ebenso wenig berücksichtigt wie die Kritik der Natur- und Umweltschutzverbände.

Erhebliche negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt werden nicht gesehen oder können – so die Verwaltung – auf weiteren 7,32 ha „rechnerisch ausgeglichen“ werden . . .

## Der Segen wird zum Fluch

Seit Anbeginn der Entwicklung des Gewerbegebietes Rhynern wurde die „herausragende Verkehrsanbindung“ an das überörtliche Straßennetz hervorgehoben. Die verstärkte Ansiedlung von Logistikbetrieben in den letzten fünf Jahren und die generelle Zunahme des LKW-Verkehrs führten aber dazu, dass das bestehende Straßennetz diesen Belastungen nicht mehr gewachsen ist. Der sechsspürige Ausbau der A 2 mit fast täglich zu beklagenden Unfällen hat die Situation zusätzlich verschärft. Laut Masterplan Verkehr sieht die Verwaltung deshalb dringenden Handlungsbedarf zur Schaffung „leistungsfähiger Straßenanbindungen für den LKW-Verkehr“ (vgl. Masterplan Verkehr, 2007, S. 164). Gemeint sind hier sicherlich der Neubau der A 445 von Werl nach Hamm und die südliche Verlagerung der Unnaer Straße (L 667n). Bekanntermaßen verschieben sich aber die von CDU, SPD und FDP erhofften Straßenneubauprojekte immer weiter nach hinten. Nach aktuellen Aussagen ist mit einer Realisierung nicht vor 2016 zu rechnen – also zwei Jahre nach dem geplanten T€Di-Endausbau!

Mittlerweile sucht die Verwaltung unter Einschaltung eines erneuten Verkehrs-





gutachters (auf Drängen der SPD) nach kostengünstigen „Zwischenlösungen“, um den Verkehrskollaps noch abzuwenden.

### Fortsetzung folgt?!

Anders als z. B. bei der EDEKA-Ansiedlung 2002 ist nicht mehr der Rat „Herr des Verfahrens“, sondern die WFH, die hinter verschlossenen Türen entscheidet. Über zeitliche Abläufe der Verhandlungen, Vertragsinhalte und Nebenabsprachen, Verkaufspreise oder Vertragspartner, zu erwartende Gewerbesteuer, Arbeitsplatzzahlen und -qualitäten wird der Mantel des Schweigens gelegt. Das Einknicken vor den Investorenwün-

schen auf breiter Front lässt befürchten, dass die „Ökonomie-ohne-Ökologie-Ideologie“ auch bei weiteren Planungen in Rhynern zum Tragen kommt. Der Möbelmarkt (nördlich der A 2) oder das 12,3 ha große Industriegebiet Rhynern-West (südlich EDEKA) lassen grüßen. A 445 und die südliche Verlegung der L 667 (Unnaer Straße) zerschneiden und entwerten die Landschaft zusätzlich.

Nicht absehbar sind die Folgen des In-LogParcs in Weetfeld, deren nicht unerheblichen LKW-Verkehre auch Richtung Rhynern abfließen werden. Ob die zahlreich geplanten neuen Straßen (B 63n, K 13n, K 35n, L 667 n) auch wirklich gebaut werden, ist fraglich angesichts der prekären Haushaltslage der Stadt

Hamm (und des Landes als Zuschussgeber) auch in den nächsten Jahren.

### Fazit:

Die Logistik-Euphorie in der Stadt Hamm – getragen von der „Großen Koalition“ aus CDU, SPD und FDP – wird angesichts steigender Energiepreise und den von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels mittelfristig einen herben Dämpfer erleiden. Nur straßenorientierte, unimodal angeschlossene Logistikflächen sind vor diesem Hintergrund nicht zukunftsfähig.

Die Stadt Hamm mit ihren weithin sichtbaren LKW-orientierten Logistikstandorten, ihren weithin sichtbaren Kraftwerken und ihren weithin sichtbaren Zechenaltlasten unternimmt alles nur erdenkliche, das 1987 angestrebte Image einer „Wirtschaftsregion im Grünen“ möglichst schnell abzustreifen. Die Außenwirkung ist fatal!

**„Die Einfahrt in das Stadtgebiet kann als die Visitenkarte einer Kommune aufgefasst werden. Hier wird ein erster und häufig nachhaltiger Eindruck von der Stadt und deren Einwohnern gewonnen. Die wichtigen Hauptverkehrsachsen im Stadtgebiet sollen daher als Stadtentrees und Orte des Willkommens attraktiv gestaltet werden.“**

*Machbarkeitsstudie Landesgartenschau 2014, S. 24.*

## Radstation

**Am Freitag, den 06. Juni 2008, feiert die Radstation am Bahnhof in Hamm ihr zehnjähriges Bestehen.**

Die Station gehört zu den größten Nordrhein-Westfalens und ist als Serviceeinrichtung des Perthes-Werkes angelegt, so dass im Dreischichtbetrieb dort mittlerweile 30 Menschen beschäftigt sind, die auf dem „normalen“ Arbeitsmarkt kaum Chancen hätten.

Unterstützt wird das Projekt von der Stadt und dem Kommunalen JobCenter. Die Station hat 570 Stellplätze und mehr als 75 Prozent der Nutzer haben eine Monats- oder Jahreskarte. Ein EDV-gestütztes System ermöglicht es, dass in Stoßzeiten fünf bis sechs Fahrräder pro Minute angenommen und bis zu zehn herausgegeben werden können.

Die Jubiläumsfeier wird von 10:00 Uhr bis ca. 18:00 Uhr dauern. Es beginnt mit einem Gottesdienst, daran schließt sich ein buntes Programm rund um die Radstation an.

**Zu diesem Fest sind alle Hammer Mitbürgerinnen und Mitbürger recht herzlich eingeladen.**

Radstation am Bahnhof  
Willy-Brandt-Platz 1  
59065 Hamm  
Telefon 023 81/92 71 91

#### Öffnungszeiten:

Mo - Fr 6:30 - 20:45 Uhr  
Sa 8:00 - 17:00 Uhr

Service rund ums Rad  
Bewachung · Codierung  
Pannendienst · Fahrradverleih  
Karten und  
Navigationssysteme



Evangelisches Perthes-Werk e.V.



# Faire Kleidung ist anziehend

Nico (FUGe-Ladenteam)

## Fair-Handels-Messe und Fachtagung „FAIR 2008“

Davon konnten sich einige haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter des Forums für Umwelt und gerechte Entwicklung, Hamm, ihr eigenes Bild machen.

In Dortmund, der zweimaligen Hauptstadt des Fairen Handels (2003 und 2005) besuchten sie am 25. und 26. Januar 2008 die erste überregionale Fair-Handels-Messe und Fachtagung, „FAIR 2008“, die unter dem Motto „Mehr Wert für alle“ vorrangig Textilien und Accessoires vorstellte.

Einleitende Worte zur Eröffnung sprachen die Staatssekretärin Dr. Marion Gierden-Jülich im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Sokoll, Eine Welt Netz NRW e.V., Fachkoordinator Fairer Handel, sowie Ulrich Sierau, Stadtdirektor der Stadt Dortmund.

## Beschaffung von Dienstkleidung

Neben der Freude darüber, Direktor einer „Hauptstadt“ zu sein, machte Herr Sierau deutlich, dass die damit verbundene Verantwortung in Dortmund ernst genommen wird. So will die Stadt z.B. keine Anbieter von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr berücksichtigen und weitergehende Veränderungen soll es auch bei der Beschaffung von Dienstkleidung, dem Versand von Blumengrüßen und der Vergabe im Baubereich geben. Nicht zuletzt bewies er Humor, als er, natürlich kinder- und jugendfrei, seine Hüllen fallen ließ und unter seinem Anzug ein fair gehandeltes T-Shirt aus Kenia

und die erste fair gehandelten Jeans der Welt präsentierte.

## Zertifizierung von Textilien

Um die Frage, ob eine Zertifizierung von Textilien sinnvoll und notwendig ist, ging es in der anschließenden Diskussionsrunde. Zwar kam es hier zu keinen allzu konkreten Ergebnissen, aber deutlich wurde dennoch, dass eine solche Zertifizierung von allen Beteiligten gewünscht und für sehr wichtig gehalten wurde.

Ob fair auch stylisch ist, konnte dann in einer weiteren Runde diskutiert werden. Während hier die einen beklagten, dass das Angebot begrenzt und mitunter konservativ sei, freuten sich andere über den Vormarsch junger Designer und Unternehmen, die „fair“ und „stylisch“ durchaus vereinen können.

## Chancen und Herausforderungen

Wissenswertes bot die Messe in weite-

ren Workshops. Hier erhielt man aktuelle Informationen darüber, wie man faire Produkte beschafft, welche Kampagnen in unseren Nachbarländern stattfinden oder welche Chancen und Herausforderungen Textilien im Weltladen bieten und mit sich bringen.

Verstärkt wurde das ganze Programm durch ein Schokoladenseminar, sowie fairen Kaffee und Kuchen oder einem Softdrink im Café Mundial. Wer auf nüchternen Magen gekommen war, konnte den Tag mit einem fairen Frühstück beginnen, zu Mittag afrikanische Köstlichkeiten probieren oder gar an einem Weinseminar teilnehmen. ART at WORK, eine internationale Künstlerinitiative, beeindruckte mit einem interaktiven Kunstprojekt zum Thema „saubere“ Kleidung, ebenso wie der GMÖ (Gemeindedienst für Mission und Ökumene) mit der Möglichkeit afrikanische, indische, indonesische oder brasilianische Kleidung anzuprobieren.

## Wahre Anziehungskraft

Wahre Anziehungskraft übte dann zum Schluss noch eine halbstündige Modenschau aus, bei der sich sicher der/die ein oder andere Besucher/in in die T-Shirts vom Label „FAIRLIEBT“ oder gar in die „Göttin des Glücks“, der neuen, modernen Kollektion einer österreichischen Designerin, verliebte. Vorausgesetzt er oder sie hatten noch einen Platz im völlig überfüllten Saal bekommen.

Wer nun, nach einem solch spannenden Tag, Angst vor der Kälte draußen bekommen hatte, konnte noch schnell eine Mütze aus Alpakahaar erstehen und sich so, warm eingekuschelt, voller neuer und schöner Eindrücke auf den Heimweg begeben.



Inh.: Holger Walter  
Oststraße 3 - 59065 Hamm  
Teaphone (0 23 81) 43 45 43

Korken-Sammelstelle  
der Stadt Hamm

**Sie suchen –  
Wir bieten –  
Vielfalt für Genießer!**

Essig & Öl, Spirituosen & Liköre, Wein,  
Tee & Teezubehör, Edelglasflaschen,  
Feinkost und Präsentkörbe





## FUGE-Veranstaltungstermine 2008

**Mittwoch, 09.07.2008, bis Freitag, 11.07.2008, „Afrika-Aktionstage“:** 10–16 Uhr, FUGE-Weltladen bzw. VHS

Swantje Faulenbach (FUGE) und Renate Brackelmann (RAA Hamm) gestalten vielfältige Mitmachaktionen. Im Rahmen des Hammer Ferienspaß spielen und trommeln sie mit den Teilnehmern, bauen Musikinstrumente und erzählen afrikanische Märchen. Für Kinder von 10–13 Jahren. Nur mit Anmeldung bei der VHS Hamm!

**Mittwoch, 27.08.2008, „Tansania und Öko-Tourismus“:** 20.00 Uhr, FUGE-Weltladen

Rudolf Blauth, Freundeskreis Bagamoyo e. V., referiert über nachhaltigen Tourismus in Tansania und anderen Ländern Ostafrikas.

**Sonntag, 14.09.2008, „12. Eine-Welt-und-Umwelt-Tag“:** 11–17 Uhr, Maxipark Hamm

Im Rahmen des 12. EWU-Tages finden Musikkonzerte, ein vielfältiges Kinderprogramm und Podiumsgespräche zum Thema „Klimawandel und Entwicklungszusammenarbeit“ statt. Zudem präsentieren Gruppen und Akteure aus dem Eine-Welt- und Umweltbereich ihre Arbeit an Informationsständen.

**Montag 13.10.2008, „Konzertlesung mit Ernesto Cardenal“:** 20.00 Uhr, Lutherkirche Hamm

Konzertlesung „Canto a la vida – Gedichte von Liebe, Mystik und Revolution“ mit Ernesto Cardenal und Grupo Sal.

**Mittwoch, 22.10.2008, „Sanfter Tourismus in Indochina“:** 20.00 Uhr, FUGE-Weltladen

Heinz Kordy (Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V.) referiert u. a. über die Möglichkeit eines alternativen Tourismus in Ostasien.

**Dienstag, 28.10.2008, „Besuch eines fairen Handelspartners in Chile“:** 19.00 Uhr, FUGE-Weltladen

Heike Bednarz (Kulturbüro Hamm) und Petra Bald (GEPA) referieren u. a. über den fairen Handel in Chile und anderen Ländern Lateinamerikas.

**Freitag, 14.11.2008, „10 Jahre FUGE“:** 20.00 Uhr, Lutherzentrum

Im Rahmen der Feierlichkeit „10 Jahre FUGE“ finden entwicklungspolitische Podiumsgespräche und Musikkonzerte statt. Am 15. Nov. gibt es ab 10.00 Uhr ein faires Frühstück im FUGE-Weltladen.

**Freitag, 05.12.2008, „Durch Brasilien fairreisen“:** 19.00 Uhr, FUGE-Weltladen

Marcio Soares, geb. in Rio de Janeiro und Mitarbeiter bei Funkhaus Europa, referiert über die Schwierigkeit eines nachhaltigen Tourismus in das größte Land Lateinamerikas.

## Hammer Profil – ein Porträt von Johannes Auge

Johannes Auge, 44 Jahre, verheiratet, zwei Söhne, Geschäftsführer von B.A.U.M.

*FUGE-News: Welches Projekt liegt Ihnen besonders am Herzen? Was ist „Ihr“ Projekt?*

Seit 1999 ist B.A.U.M. „mein“ Projekt. Eingebunden in ein bundesweites Netzwerk habe ich hier die Möglichkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie weitere Themen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in Betriebe zu tragen.

*Gab es für Sie ein Schlüsselerlebnis?*

Vor meiner Zeit bei B.A.U.M. habe ich Genehmigungsverfahren für Großvorhaben begleitet, die sehr von politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen geprägt sind. In den B.A.U.M.-Projekten habe ich schnell gemerkt, wie viel mehr Dynamik in Kooperationsprojekten steckt, und wie viel mehr Umweltschutz in Win-Win-Situationen umgesetzt werden kann.

*Was sind die größten Hindernisse in Ihrem Engagement?*

Ich fühle mich in meinem Engagement nicht behindert.

*Gibt es so etwas wie ein „Leitwort“ für Ihr Leben?*

„Manchmal hat man eine sehr lange Straße vor sich. Man denkt, die ist so schrecklich lang; das kann man niemals schaffen, denkt man. Und dann fängt man an, sich zu beeilen. Und man eilt sich immer mehr. Jedes Mal, wenn man aufblickt, sieht man, dass es gar nicht weni-

ger wird, was noch vor einem liegt. Und man strengt sich noch mehr an, man kriegst es mit der Angst, und zum Schluss ist man ganz außer Puste und kann nicht mehr. Und die Straße liegt immer noch vor einem. So darf man es nicht machen. Man darf nie an die ganze Straße auf einmal denken, verstehst du? Man muss nur an den nächsten Schritt denken, an den nächsten Atemzug, an den nächsten Besenstrich. Und immer wieder nur an den nächsten. Dann macht es Freude; das ist wichtig, dann macht man seine Sache gut.

Und so soll es sein. Auf einmal merkt man, dass man Schritt für Schritt die ganze Straße gemacht hat. Man hat gar nicht gemerkt wie, und man ist nicht außer Puste.“ Beppo Straßenkehrer zu Momo.

*Was war für Sie eine ermutigende Erfahrung der letzten Jahre?*

Die Feststellung in vielen Projekten, dass viele Menschen in Betrieben bereit und motiviert sind, Veränderungsprozesse für Nachhaltigkeit und Umweltschutz im eigenen Umfeld und Verantwortungsbereich in Gang zu setzen. Und die Freude am Ende des Projektes, wenn die Ergebnisse sichtbar werden.

*„Wenn ich Bürgermeister von Hamm wäre...“*

... wäre die Zeit, die ich mit meiner Familie habe, noch knapper bemessen. Das ist nicht mein Lebensziel.

*Was ist Ihre Vision für Hamm – im Jahr 2020?*

Hamm hat mit den am Ort vorhandenen Institutionen (u. a. FUGE, Öko-Zentrum NRW, VHS, SRH) beste Voraussetzungen, um einen Bildungsschwerpunkt für Umwelt- und Klimaschutz im gewerblichen Bereich aufzubauen. In Kooperation mit den umliegenden Städten und Kreisen kann Hamm bis 2020 bundesweit bekannt werden für westfälisch-pragmatische Lösungen für moderne (weil nachhaltige) Wirtschaftsweisen. B.A.U.M. ist mit dabei.



# Rückblick auf Veranstaltungen in der Hellweg-Region 2008

## Abschluss der Klimawoche der Freien Waldorfschule am 26. April in Hamm

Die Freie Waldorfschule Hamm widmete dem Klimawandel einen Klimatag. Dabei luden die SchülerInnen zu Filmvorträgen mit anschließender Diskussion ein: Nach dem Al-Gore-Film „Eine unbequeme Wahrheit“ sprachen die Teilnehmer über ihre gefühlte Hilflosigkeit. Auch auf dem Programm standen verschiedene Arbeitsgruppen zu den Themen Energiesparhäuser, Fairer Handel, Baumpflanzungen und globale Erwärmung. Außerdem konnten Besucher an den vielen Info- und Aktionsständen z. B. ausprobieren, wie anstrengend es ist, Wasser einer einzigen Toilettenspülung umzupumpen. „Weil wir unsere Erde lieben...“, Motto des Klimatages, war es den SchülerInnen der Freien Waldorfschule auch wichtig zu zeigen, „was jeder einzelne tun kann“.



## Afrika-Aktionstag in der Geschwister-Scholl-Gesamtschule am 26. April in Lünen



„Randvoll mit Afrika“ war der Aktionstag an der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Lünen. Anlass war der Besuch einer Schüler-Delegation der Martin-Luther-Highschool aus Namibia und das zehnjährige Bestehen der Schulpartnerschaft. Gemeinsam mit der Lünener Initiative gegen Globale Armut (LIGA) wurde der Tag zu einer Afrika-Entdeckungsreise: Die namibischen Schüler, Referenten und Künstler aus anderen Ländern Afrikas zeigten auf ganz unterschiedliche Weise ihre Perspektive auf den Kontinent. Dabei waren auch gerechte Entwicklung, Globalisierung, Klima und die UN-Millenniumsziele Thema vieler Diskussions- und Aktionsrunden.

## Klimatag des Marien-Gymnasiums am 29. April in Werl

Einen Klimatag mit prominentem Gast und vielseitigem Programm organisierte das Marien-Gymnasium in Werl. Professor Mojib Latif vom IFM Geomar Kiel stellte seine neueste Publikation „Bringen wir das Klima aus dem Takt?“ vor. Zum Thema „Klimawandel und Tropischer Regenwald“ gab es außerdem einen Vortrag von Greenpeace. Forscher der Universität Bielefeld berichteten zum aktuellen Stand der Nutzung „Alternative Energie aus Algen“ und Germanwatch präsentierte die Klimaexpedition. Zudem kam der Klimatag, weil die Bio-AG,

Träger des Jugendumweltpreises der Stadt Werl, im vergangenen Jahr beim Focus



Wettbewerb „Stars für die Schule“ in der Kategorie Wissenschaft erfolgreich mitgemacht hatte. Ein nächstes Highlight steht für die engagierten SchülerInnen am MG an: Zusammen mit dem Heinrich-Heine-Gymnasium in Dortmund geht es für insgesamt 25 Schüler sowie Organisator Heinz Kiko, Lehrer für Chemie und Biologie am MG, im August auf eine Forschungsreise nach Tromsø in Norwegen, finanziell unterstützt von der Rütgers-Stiftung, den Fördervereinen beider Schulen und der Deutschen Gesellschaft für Polarforschung.